

The image is a vibrant, abstract graphic design. It features several large, stylized letters in various colors: a green 'C' at the top, a red 'T' to the right of the 'C', a beige 'U' in the center, a blue 'B' below the 'U', a black 'H' below the 'B', and a yellow 'A' at the bottom. These letters are surrounded by numerous smaller, colorful geometric shapes like triangles and polygons. There are also areas of fine, colored dots (yellow, red, green, blue) scattered across the composition. The text 'DECOLONIZE BERLIN' is written in black on a yellow background, and 'UTOPIE ALS WIDERSTAND' is written in black on a beige background.

**DECOLONIZE
BERLIN**

UTOPIE ALS WIDERSTAND

Bericht 2025 der Koordinierungsstelle Gesamtstädtischer
Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit

Die Koordinierungsstelle

Gesamtstädtischer Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit

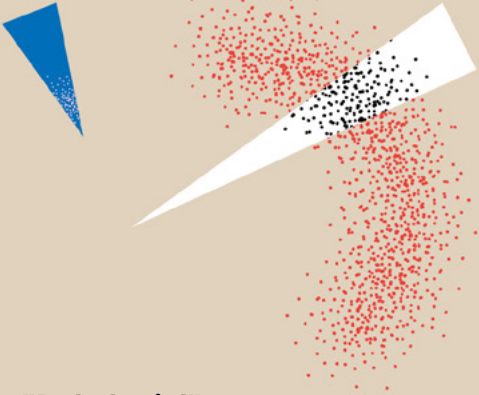

Der Verein Decolonize Berlin e.V. setzt sich für die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart von Kolonialismus und Rassismus, für die Anerkennung und Aufarbeitung kolonialen Unrechts und für eine gesamtgesellschaftliche Dekolonisierung ein.



Der Verein ist 2019 aus einem zivilgesellschaftlichen Netzwerk Schwarzer, diasporischer, post-kolonialer und entwicklungspolitischer Gruppen in Berlin hervorgegangen. Dieses Bündnis besteht weiterhin und arbeitet schwerpunktmäßig zu den Themen Bildung, Kulturpolitik, öffentlicher Raum und globale Zusammenarbeit.

Seit 2020 ist Decolonize Berlin Träger der „Koordinierungsstelle für einen gesamtstädtischen Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit“. Die Koordinierungsstelle wurde vom Land Berlin beauftragt (Drucksache 18/1788), einen partizipativen Prozess für ein gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Berlins zu organisieren, der Ende 2021 abgeschlossen wurde. Die erarbeiteten Maßnahmen werden seit 2022 mit Begleitung der Koordinierungsstelle durch das Land Berlin umgesetzt. Im April 2023 wurde ein wichtiger Fortschritt erzielt, als der Senat den Beschluss zur Umsetzung des Aufarbeitungsprozesses (Drucksache 19/0954) fasste, der die politischen Forderungen und Maßnahmen aus dem Beteiligungsprozess aufgreift.



Inhaltsverzeichnis

- 
- 
- 01 **Die Koordinierungsstelle**
- 02 **Inhaltsverzeichnis**
- 04 **Danksagung**
- 06 **Mitgliedsvereine**
- 07 **Glossar**
- 08 **Vorwort**
- 10 **Gemeinsame Definition von "Dekolonial"**
- 12 **Zeitstrahl 2025**
- 14 **Von der Berliner Afrikakonferenz zur Anton-Wilhelm-Amo-Straße
in Berlin-Mitte**
- 16 **Rückblick und Erwartungen: Die UN-Dekade für Menschen
afrikanischer Herkunft**
- 20 **Dekolonisierung in Berlin gelingt nur gemeinsam**
- 23 **In Erinnerung an Martha N'dumbe (1902–1945):
Dekolonisierungspraktiken in Berlin**
- 26 **In memory of Martha N'dumbe (1902-1945):
Decolonizing Practices in Berlin**
- 29 **Gemeinsame Erinnerungspraxis: Kolonialismus und
Nationalsozialismus im Blick des Erinnerungsortes Ihnestraße**

- 
- 32 **Utopie als Widerstand**
- 34 **Reparationen sind Geschichte! Positive Zukünfte 2050**
- 37 **Das Global Reparations Hub**
- 39 **Fortbildung zu kolonialen Kontinuitäten in der Sozialen Arbeit
im SFBB**
- 40 **We Want Them Back-App**
- 41 **Mit offenen Infrastrukturen gegen Digitalen Kolonialismus: Wie wir
koloniale Kontinuitäten im digitalen Raum aufbrechen können**
- 44 **Koloniale Kontinuitäten in der Berliner Medizin und Gesundheits-
versorgung**
- 45 **Wirtschaftspolitik neu denken: Schritte zur Dekolonisierung**
- 46 **Ausblick 2026**
- 48 **Impressum**
- 

Danksagung

Die Arbeit von Decolonize Berlin e.V. und der Koordinierungsstelle lebt vom Engagement vieler: den Communities, zivilgesellschaftlicher Organisationen, engagierter Personen in Berliner Institutionen und zahlreicher Aktivist*innen. Ihnen allen danken wir für ihre Ideen, Zeit und Energie im Jahr 2025 - sichtbar wie auch im Hintergrund.

Ein besonderer Dank gilt den Menschen, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind und dennoch Kraft und Mut für antikolonialen Widerstand aufbringen. Angesichts des aktuellen politischen Klimas ist dieses Engagement unverzichtbar. Ohne euch wäre unsere Arbeit in Berlin nicht möglich.

Herzlichen Dank auch an alle Autor*innen und Interviewpartner*innen für ihre inspirierenden Beiträge zu diesem Jahresbericht.

Ebenso danken wir den Vertreter*innen aus Verwaltung und Politik – insbesondere der Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) – für ihre verlässliche Unterstützung und dafür, die Forderungen der Zivilgesellschaft in konkrete Praxis zu übersetzen.





Foto: Thabo Thindi

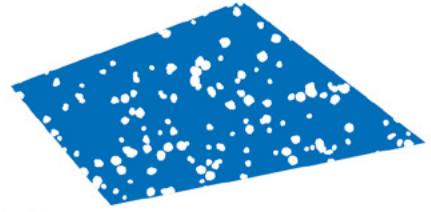


Foto: Thabo Thindi

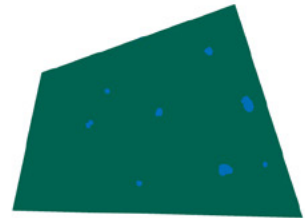
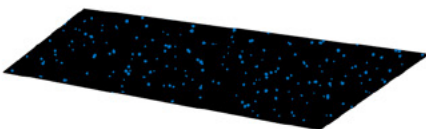


Foto: Thabo Thindi



Foto: Thabo Thindi





Sources-d'Espoir e.V.



Glossar

Dekolonialisierung

bezeichnet den historischen Prozess der Entkolonisierung, der zur Beendigung der formellen Kolonialherrschaft und zur Erlangung staatlicher Unabhängigkeit führte. Zwischen den 1940er Jahren und 2000 erlangten 120 Kolonien und abhängige Territorien ihre Unabhängigkeit.

Dekolonialität

Angestrebter gesellschaftlicher/ globaler Zustand, in dem es keine Auswirkungen des Kolonialismus auf individueller, gesellschaftlicher oder globaler Ebene mehr gibt.

Dekolonisierung

bezeichnet einen gesellschaftlichen Prozess, der darauf abzielt, Kolonialitäten auf lokaler und globaler Ebene zu bekämpfen und abzubauen.

Kolonialismus

bezeichnet ein globales Unrechtssystem und eine Form der Gewaltherrschaft, die gekennzeichnet ist durch Entmenschlichung, gewaltsame Umstrukturierung aller Lebensbereiche und die Schaffung fundamentaler (globaler) Asymmetrien auf Grundlage rassistischer Ideologien. Koloniale Kontinuitäten prägen auch heute noch die Welt und die Gesellschaft in Deutschland, zum Beispiel durch Rassismus. Daher muss die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte die mittelbaren und unmittelbaren Folgen berücksichtigen.

Kolonialitäten

Der peruanische Sozialwissenschaftler Aníbal Quijano schlug 1992 das Konzept der „Kolonialität der Macht“ vor. Kolonialität beschreibt hierbei die Auswirkungen und fortbestehenden Einflüsse des Kolonialismus auf zeitgenössische gesellschaftliche und globale Strukturen. Dies umfasst nicht nur kolonialrassistische Machtgefüge, sondern auch moderne kapitalistische Herrschaftsformen.

Vorwort

Im Jahresbericht und vor dem Hintergrund der geleisteten Arbeit im vergangenen Jahr stellen wir uns die Frage, wie wir unsere Themen verstetigen können. Vor allem die aktuellen politischen Herausforderungen und die damit verbundenen Krisen erschweren, weiterhin für eine offene Gesellschaft zu arbeiten.

Unsere Antwort ist dennoch: Weitermachen, vernetzen, utopisch denken.

Diese Haltung prägt auch unseren Zugang zum Thema Dekolonisierung: Wir verstehen Dekolonisierung weiterhin als Querschnittsthema und Prozess, der viel Zeit und Ausdauer erfordert und der gemeinsam mit betroffenen Expert*innen erarbeitet und gestaltet werden muss. Der erste Schritt besteht darin, koloniale Kontinuitäten sichtbar zu machen – in der Erinnerungspolitik, in gesellschaftlichen Strukturen und in globalen Beziehungen. Der Zweite geht in die Erarbeitung von konkreten Maßnahmen, die Verwaltung und Politik dann umsetzen können, um Dekolonisierungsprozesse in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu vernetzen. Auch in diesem Jahr haben wir als Brücke zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung dazu beigetragen, diese Vernetzung zu intensivieren. In zahlreichen Veranstaltungen, Fachgesprächen und Studien hat sich gezeigt, dass Dekolonisierung nicht als Einzelprojekt gedacht werden darf, sondern Ausdauer, Zeit und vor allen Dingen Allianzen braucht.

Mit dem bundesweiten Vernetzungstreffen führen wir diese partizipativen Prozesse fort. Die überarbeiteten Maßnahmen sind im Leporello „Utopie praktisch denken: Dekoloniale Maßnahmen und Handlungsfelder“ zu finden. Damit knüpfen wir an unsere bisherigen Prozesse an und sichern Kontinuität in einer Zeit, in der politische und gesellschaftliche Unsicherheiten zunehmen.

Dieser Jahresbericht ist daher mehr als eine Bilanz der Arbeit der Koordinierungsstelle.

Vielmehr dokumentiert er die Erfolge und Herausforderungen zivilgesellschaftlichen Engagements bei der Auseinandersetzung mit der Berliner Kolonialgeschichte und lädt dazu ein, weiterzudenken, neue Bündnisse und Netzwerke zu knüpfen und nicht nachzulassen im Einsatz für eine offene, inklusive und solidarische Gesellschaft.

Die zweite UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2025–2034) bietet eine weitere Möglichkeit, sich gegen Anti-Schwarzen Rassismus einzusetzen. Dieser prägt die Lebensrealität vieler Menschen in Berlin und Deutschland immer noch.

Rassismus ist eine der Folgen von Kolonialismus und dem transatlantischen Versklavungshandel. Idah Nabateregga (RAA Berlin) führt in ihrem Beitrag dazu aus, dass eine nachhaltige Bekämpfung von Anti-Schwarzem Rassismus eine dauerhafte, strukturell abgesicherte Zusammenarbeit mit Schwarzen Communities und der Zivilgesellschaft braucht, denn auch hier geht es um eine kontinuierliche Sicherstellung der Grund- und Menschenrechte für alle Berliner*innen.

Auch auf lokaler Ebene zeigen verschiedene Projekte, wie Dekolonisierung konkret werden kann – im Gedenken, in der Umbenennung von Orten und in der historischen Forschung.

Das Gespräch zwischen dem Bezirksstadtrat und einer Vertretung der Senatsverwaltung für Kultur zeigte beim Vernetzungstreffen auf, wie viel Potential in einer Zusammenarbeit zwischen Bezirk und Land bei der Erarbeitung von Erinnerungsorten liegt: die BVV-Treptow-Köpenick hat am 8.11.2023 beschlossen, im Treptower Park Gedenkstellen zu errichten, die an die erste deutsche Kolonialausstellung im Jahr 1896 erinnern, in deren Rahmen damals 106 Menschen aus kolonisierten Ländern in einer sogenannten Völkerschau „ausgestellt“ wurden.

Wie wichtig jedoch ein multidirektionales Erinnern ist, wird an der Neubenennung des Martha-Ndumbe-Platzes, ehemals Nettelbeckplatz, deutlich. Martha N'dumbe war die Tochter von Dorothea Grunwaldt und Jacob N'dumbe, der während der oben erwähnten Gewerbeausstellung nach Berlin kam und dann hier eine Familie gründete. Martha N'dumbe wurde während des Nationalsozialismus als sogenannte „Asoziale“ im Konzentrationslager Ravensbrück inhaftiert und ermordet. Der Historiker Robbie Aitkens hat zu ihrem Leben ausführlich geforscht und die Bedeutung der Umbenennung in seinem Beitrag diskutiert. Sowohl auf biografischer als auch institutioneller Ebene ist es wichtig, Geschichte(n) mehrdimensional zu denken – das zeigt auch das Interview mit Manuela Bauche zur Geschichte des Erinnerungsortes Ihnestraße 22 an der FU Berlin.

Sie alle zeigen, wie lokales Engagement gesamtstädtische Prozesse prägt.

Der Wunsch nach einer stärkeren Vernetzung zwischen Akteur*innen der Erinnerungskontexte wurde im Jahr 2024 deutlich.

Unser Vernetzungstreffen mit dem Titel „Gemeinsam Erinnern, gemeinsam Handeln“ mit Akteur*innen, die sich mit Kolonialismus, Nationalsozialismus und dem SED-Regime auseinandersetzen, ist ein erster Schritt, um strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Erinnerungs- und Gedenkpraxis gemeinsam zu diskutieren.

Für uns ist klar: es braucht eine vielfältige Erinnerungslandschaft und vielfältige Lernformate in Berlin, um sich mit der deutschen Kolonialvergangenheit auseinanderzusetzen – von daher hoffen wir, dass die Umsetzung des Erinnerungskonzepts *Kolonialismus Erinnern* vom Berliner Senat vorangetrieben wird.

Beim bundesweiten Vernetzungstreffen wurde deutlich, wie viel Kraft in gemeinsamer Vision steckt: Zukunftsbilder zu entwerfen und miteinander zu teilen, ist mehr als ein Gedankenexperiment – es ist ein politischer Akt. Quincey Stumptner, Experte für intersektionale und dekoloniale Digitalpolitik stellt in seinem Beitrag die Frage: „Wie fühlt es sich an, im Jahr 2050 zu leben, in dem gerade die letzten Raten der Reparationszah-

lungen geflossen sind?“ – genau darum geht es: gesellschaftliche Zukunftsbilder zu gestalten und Schritt für Schritt daran mitzuwirken, sie Wirklichkeit werden zu lassen.

Aus diesem Grund war es wichtig, Reparationen im Rahmen des Heimaten-Festivals in Kooperation mit dem Global Reparations Hub zu thematisieren.

Auf einer internationalen Fachveranstaltung diskutierten Expert*innen, welche Rolle Reparationen im Kontext von Dekolonisierung spielen. Unser Ziel: Netzwerke schaffen, Interessen bündeln und Ressourcen teilen, um globale Ungleichheit zu bekämpfen.

Die Frage nach gerechteren Beziehungen zieht sich auch durch die internationale Zusammenarbeit, zum Beispiel in Städtepartnerschaften. Das Jubiläum der Städtepartnerschaft Berlin-Windhoek verdeutlichte, dass echte Partnerschaft nur gelingt, wenn koloniale Kontinuitäten kritisch aufgearbeitet und der Völkermord an den Ovaherero und Nama in den Mittelpunkt des Erinnerns rückt.

Aber auch im digitalen Raum stellt sich die Frage, wie koloniale Machtverhältnisse fortwirken.

Yannick Müller zeigt in seinem Beitrag auf, dass die Kontrolle über Infrastrukturen, Wissen und Daten zu einem wichtigen Zukunftsfeld gehört, in der durch konkrete Maßnahmen wie Ausschreibungen, Quellcodes, Hostingpflichten und Governance-Strukturen ein Wandel angestoßen werden kann.

So zeigt sich: Dekolonisierung umfasst alle Ebenen – von der Erinnerung bis zur digitalen Infrastruktur.

All diese Beispiele zeigen, dass kontinuierliche Dekolonisierungsprozesse möglich sind – wenn sie gemeinsam gestaltet werden. Daher sind Allianzen für unsere Arbeit zentral. Sie ermöglichen Austausch, gegenseitige Unterstützung und gemeinsame Strategien, die weit über einzelne Projekte hinauswirken.

Wir lassen uns nicht beirren. Wir gestalten, greifen ein, erinnern und kämpfen – konsequent, solidarisch und mit der Kraft der Utopie.

Gemeinsame Definition von 'Dekolonial'



Worüber sprechen wir eigentlich, wenn wir von dekolonialen Prozessen und einer dekolonialen Zukunft der Berliner Stadtgesellschaft sprechen?

Wir verstehen darunter ein prozesshaftes Denken, das sowohl den Status quo und im gleichen Atemzug die Vergangenheit und die (imaginierten) Zukünfte auf ihre Machtverhältnisse, Sichtbarkeiten und Perspektiven hinterfragt. Dekolonialität ist das Ziel dieser Prozesse: Eine Zukunft, in der Gesellschaften nicht mehr von den Auswirkungen der kolonialen Vergangenheit geprägt sind.

'Dekolonial' ist kein feststehender, einheitlich definierter Begriff, sondern ein dynamisches Konzept, das in verschiedenen Kontexten unter-

schiedliche Bedeutungen, Konzepte und Wissenstraditionen aufgreift. Gemeinsam ist diesen Ansätzen, dass 'dekolonial' nicht nur eine theoretische Position, sondern eine Haltung und Praxis beschreibt, die sich laufend weiterentwickelt. Dekolonialität bedeutet, die fortwirkenden kolonialen Kontinuitäten in Wissen, Strukturen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen sichtbar zu machen und aktiv zu transformieren – über symbolische Gesten hinaus und bis in den Kern bestehender Systeme, einschließlich materieller Ressourcen der Machtverteilungen

Gleichzeitig ist 'Dekolonial' ein Wort, das nicht von Institutionen allein definiert werden darf. Es lebt von den Stimmen derjenigen, die

von kolonialer Gewalt betroffen sind, und von den Kämpfen der Zivilgesellschaft, die seit Jahrzehnten auf Anerkennung, Gerechtigkeit und Veränderung drängen. Institutionelle Versuche, den Begriff allein in Leitbildern oder Strategien zu fixieren, laufen Gefahr, seine Radikalität zu verwässern. 'Dekolonial' bleibt deshalb ein Begriff im Widerstand – gegen die koloniale Vergangenheit und gegen ihre bis heute wirksamen Spuren.

Historische Dimension

Ursprung und Bedeutung von 'Dekolonial' sind untrennbar mit antikolonialen Kämpfen verbunden. Bewegungen in Afrika, Asien und den Amerikas haben nach dem Ende der formalen Kolonialherrschaft gezeigt, dass Kolonialismus nicht verschwindet, sobald Staaten unabhängig werden. Stattdessen bestehen Formen kolonialer Macht weiter – in ökonomischen Abhängigkeiten, in Sprach- und Wissenshierarchien, in rassistischen Strukturen. Der Begriff der 'Kolonialität' (Mignolo, Quijano)¹ verweist auf genau diese Kontinuitäten. 'Dekolonial' benennt die Praxis, diesen fortbestehenden Strukturen etwas entgegenzusetzen.

Praxis statt Etikett

'Dekolonial' darf nicht als Schlagwort stehen bleiben. Die Kritik an einer rein symbolischen Verwendung ist breit dokumentiert: Museen, Universitäten oder Kulturinstitutionen berufen sich auf 'Dekolonialisierung', ohne ihre Machtverhältnisse tatsächlich zu verändern. Dekolonialität verlangt mehr als Gedenktafeln oder Wortänderungen – sie fordert eine Umverteilung von Ressourcen, eine Neubewertung von Wissensformen und ein Eingreifen in tief verwurzelte Strukturen. Der Anspruch ist radikal, weil er nicht nur an der Oberfläche kratzt, sondern bestehende Ordnungssysteme infrage stellt.

Stimmen im Zentrum

Decolonize Berlin, wie auch zahlreiche Initiativen weltweit betonen: Wer über 'Dekolonialität' spricht, darf nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg sprechen. Die Erfahrungen Schwarzer Menschen, Indigener und People of Color bilden den Ausgangspunkt. Ihre Stimmen geben der dekolonialen Praxis Richtung. Institutionen können Räume öffnen, finanzielle Mittel bereitstellen und Strukturen anpassen – definieren können sie den Begriff nicht. Es handelt sich um ein kollektives Projekt, das sich im Austausch, im Streit und in der Praxis entfaltet.

Ein offenes, lebendiges Konzept

'Dekolonial' ist deshalb weniger eine fertige Definition als ein Orientierungshorizont. Es ist ein 'living concept', das in Bewegung bleibt, weil auch Machtverhältnisse in Bewegung sind. Jede Generation, jede Community, jeder Kontext bringt neue Akzente ein: sei es die Forderung nach Rückgabe von Kulturgütern, die Sichtbarmachung kolonialer Straßennamen, die Dekolonisierung von Lehrplänen oder die Kritik an globalen Lieferketten. Das Gemeinsame ist weitaus mehr als eine Liste von Maßnahmen, es ist die Haltung, koloniale Kontinuitäten nicht hinzunehmen, sondern sie sichtbar zu machen und zu verändern.

Ausblick

Eine gemeinsame Definition des Begriffs 'Dekolonial' muss daher zweierlei leisten: Sie muss Orientierung geben, ohne den Begriff abzuschließen. Und sie muss den politischen Kern wahren: Dekolonialität bedeutet Veränderung – nicht kosmetisch, sondern strukturell. Es geht um eine Stadt, eine Gesellschaft und eine Welt, die nicht länger auf kolonialen Ungleichheiten aufbaut, sondern auf gerechteren Verhältnissen.

¹ Quijano, Anibal. „Kolonialität der Macht, Eurozentrismus und Lateinamerika.“ Übersetzt von Jens Kastner, Turia + Kant, 2010.
Mignolo, Walter D. „Epistemischer Ungehorsam: Dekoloniale Optionen.“ Turia + Kant, 2011.

Zeitstrahl 2025

Gesamtstädtischer Aufarbeitungsprozess zu
Berlins kolonialer Vergangenheit



Februar

Veröffentlichung der
Studie „Wirtschaftspolitik
neu denken: Schritte zur
Dekolonisierung“

April

Werkstatt „Dekoloniale
Ansätze in der
sozialpädagogischen
Arbeit“

Juni

Open-Source-Meet-Up für die
„We Want Them Back-App“

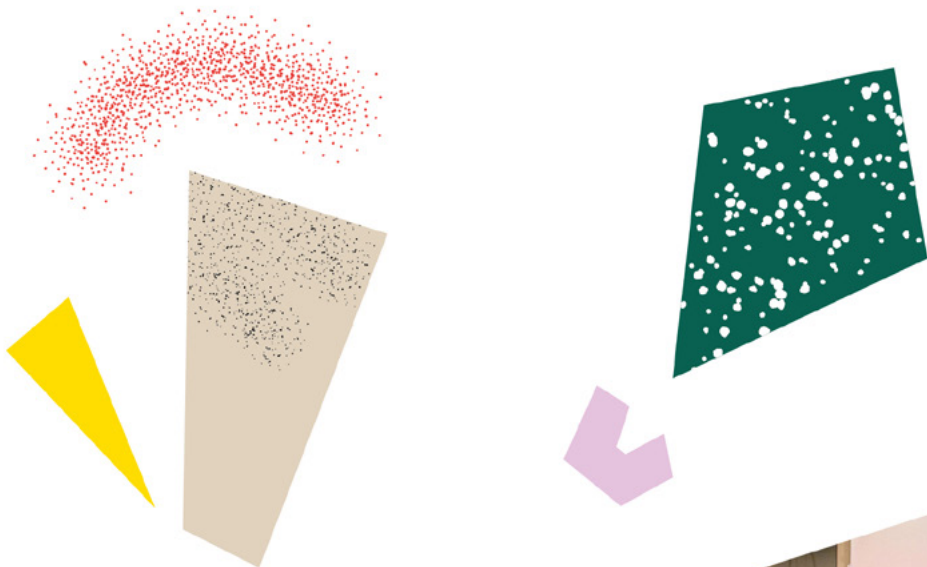


Foto: Thabo Thindi

Juli

„Zukunftskonferenz und bundesweites Vernetzungstreffen: Dekolonisierung trotz alledem!“

November

„Reparations now!“ - gemeinsame Veranstaltung mit dem heimatlen-Netzwerk und in Kooperation mit dem Global Reparations Hub

November

„Reframing Relations: Memories, Justice, Cooperation“ im Rahmen des Jubiläums „25 Jahre Partnerstädte Windhoek – Berlin“

Von der Berliner Afrikakonferenz zur Anton-Wilhelm-Amo-Straße in Berlin-Mitte

Vorstand von Decolonize Berlin e.V.

Anhand der Anton-Wilhelm-Amo-Straße zeigt sich exemplarisch, wie lange die Veränderung von kolonialen Strukturen in der Stadt dauert: Die ersten parlamentarischen Spuren zur Benennung der Anton-Wilhelm-Amo-Straße in Berlin-Mitte gehen zurück in das Jahr 2005. In der Drucksache 1711/II wurde das Bezirksamt ersucht, eine kritische Auseinandersetzung mit Kolonialismus im öffentlichen Stadtbild politisch wie organisatorisch auszuführen. 20 Jahre später ist es soweit: Ein rassistischer Straßenname wird ersetzt mit der Würdigung des ersten bekannten afrikanischen Philosophen, der in Deutschland lebte und lehrte: Anton Wilhelm Amo. Bereits Jahrzehnte zuvor hatten Schwarze Selbstorganisationen und PAD (People of African Descent) in Deutschland auf strukturellen Rassismus aufmerksam gemacht. Die Umbenennung ist ein Erfolg dieser Arbeit und stellt einen starken Perspektivwechsel dar.

Parallel dazu werden im Afrikanischen Viertel Gedenkstelen zu den bisherigen Umbenennungen eingeweiht. Sie erinnern an den antikolonialen Widerstand von Anna Mungunda, Cornelius Fredericks, Emily und Rudolf Duala Manga Bell sowie an die Maji-Maji-Bewegung, die schon vor einigen Jahren im öffentlichen Raum gewürdigt wurden. An der Erarbeitung der Gedenkstele am Pekinger Platz, an der Kiautschoustraße und an der Samoastraße hat der Verein *korientation* maßgeblich mitgewirkt. Dieser Prozess hat afrodiasporische und asiatisch-diasporische Communities enger miteinander verbunden.



Lucy Lameck in Neukölln und Audre Lorde in Kreuzberg sind weitere Beispiele für einen Perspektivwechsel in der Erinnerung an den Kolonialismus. In den Berliner Bezirken Mitte, Kreuzberg, Schöneberg, Prenzlauer Berg und weiteren Bezirken wurden zudem Stolpersteine zur Erinnerung an Schwarze Menschen verlegt, die in der Zeit des deutschen Faschismus verfolgt und zum Teil ermordet wurden. Ein weiteres Beispiel dafür, wie der öffentliche Raum als Lernort begriffen werden kann, sind Gedenktafeln, die an Schwarze Menschen erinnern, die in Berlin gelebt haben, wie beispielsweise W. E. B. Du Bois, der Schauspieler und politische Aktivist Ludwig M'bebe M'Pessa alias Louis Brody oder der Kommunist und Panafrikanist Joseph Ekwe Bilé.

Im Bildungsbereich zeichnen sich ebenfalls Fortschritte ab, auch wenn wir weit davon entfernt sind, Rassismen aus Schulbüchern entfernt oder diskriminierungssensible Klassenräume geschaffen zu haben. Der neue Rahmenlehrplan für Geschichte betont Globalgeschichte, kolonialisierte Räume und marginalisierte Perspektiven als verbindliche Leitlinien. Damit verschiebt sich das Fach Geschichte in Richtung einer inklusiven, globalen und postkolonial reflektierten Erinnerungskultur. Im Lehrplan für Politik wird die Bedeutung von Diskriminierungsschutz und die Einbeziehung ungehörter Perspektiven hervorgehoben.

Gleichzeitig zeigen sich weiterhin strukturelle Herausforderungen in der Aufarbeitung der Berliner und gesamtdeutschen Kolonialvergangenheit. Zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich seit 2022 an der Aushandlung eines Berliner Konzepts zu „Kolonialismus erinnern“ beteiligt haben, warten seit der Konzeptvorstellung 2024 auf die Veröffentlichung durch die Berliner Senatsverwaltung für Kultur. Die Senatsverwaltung für Bildung kürzt die Finanzierung für politische Bildung, insbesondere die Ansätze, die intersektionale, anti-rassistische und queere Perspektiven sichtbar machen und Diskriminierungssensibilität fördern. Auf bundespolitischer und globaler Ebene sind die Einschränkungen für zivilgesellschaftliches Handeln, insbesondere für die Themen Rassismus und Diversity, besonders deutlich: Wenn die Verwendung von gendergerechter Sprache, die weibliche, männliche und andere Geschlechtsformen zulässt, in Schulen oder Ministerien verboten wird oder die Geschichte der Versklavung in den USA und Europa durch nationale Heldenerzählungen ersetzt wird. So haben auch rechte Narrative Erfolg, wenn sie die Forderungen nach Gleichberechtigung und Schutz von marginalisierten Gruppen als „linke Ideologie“ framen. Obwohl diese Gleichberechtigung und der Diskriminierungsschutz gesetzlich verankert sind, wird er damit als unrechtmäßig erklärt.

Straßennamenumbenennungen und Aufarbeitung von Rassismus/Kolonialismus im öffentlichen Raum sind Ausdruck dieser gesetzlichen

Verankerung von Gleichheit und damit wichtige Veränderungen auf symbolischer Ebene. Sie prägen das kollektive Gedächtnis. Doch sie sind auch nur ein Teil eines umfassenden Prozesses zum Abbau von Machtstrukturen und autoritärem Denken, die der Kolonialismus hinterlassen hat. Sie zeigen, was möglich ist, erinnern aber zugleich daran, dass Dekolonisierung nie abgeschlossen ist. Koloniale Denkweisen wirken in Institutionen, Bildungsinhalten und Eigentumsverhältnissen fort – diese müssen ebenso kritisch hinterfragt und verändert werden. Neben Symbolpolitik braucht es demnach auch konkrete Reparationsmaßnahmen, etwa in Form der Rückgabe von Ancestors/menschlichen Gebeinen von Vorfahren und geraubten Kulturgütern, die immer noch im Besitz Berliner Museen sind, oder gerechter ökonomischer Beziehungen. Dekolonisierung ist die tiefgreifende, kritische Auseinandersetzung mit Geschichte, Macht und Rassismus in allen Bereichen des Lebens. Angesichts der immer stärker werdenden rechten und demokratiefeindlichen Parteien und Bewegungen sowie der rassistischen Angriffe auf Schwarze Menschen, Migrant*innen und Marginalisierten ist dies auch eine Einladung an alle Menschen in der Gesellschaft, miteinander ins Gespräch zu kommen und zu erörtern, in welcher Gesellschaft wir leben wollen: Eine, die spaltet, oder eine, die eint?

Dekolonisierung erfordert kontinuierliche politische Arbeit, kritische Reflexion und den Mut, Machtstrukturen und dominierende Erzählungen in Frage zu stellen. Anton Wilhelm Amo kann uns hier als Vorbild dienen: Er stellte sich bereits im 18. Jahrhundert mutig intellektuellen, sozialen und politischen Machtstrukturen entgegen. Er behauptete seine Stimme in einer Gesellschaft, die ihn marginalisierte, und setzte sich für Gerechtigkeit und Gleichheit ein – lange bevor solche Begriffe in öffentlichen Debatten überhaupt verhandelt wurden. Mutig macht uns auch die solidarische Zivilgesellschaft in Berlin, die Kämpfe zusammenbringt und sich über unterschiedliche Erfahrungen und Lebensrealitäten hinweg für eine gerechte und inklusive Gesellschaft einsetzt. Dafür danken wir allen sehr!

Rückblick und Erwartungen: Die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft¹

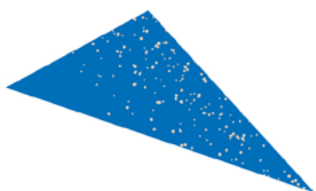
Dr. Idah Nabatereggä

PROJEKTLEITUNG GLEICHSTELLUNGSBEGLEITGREMIIUM

Projektschwerpunkt UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft -

RAA Berlin e.V.

UN-DEKADE FÜR MENSCHEN
AFRIKANISCHER HERKUNFT
2015 – 2024



Die UN-Dekaden für Menschen afrikanischer Herkunft (2015–2024 und 2025–2034) ergänzen bestehende verbindliche völkerrechtliche Instrumente² und adressieren spezifisch anti-Schwarzen Rassismus (ASR). Mit den Zielen **Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung** fordert die Dekaden gezielte Maßnahmen gegen strukturellen Rassismus und Diskriminierung Schwarzer Menschen, Menschen afrikanischer Herkunft und afrodiasporischer Communities – auch in Deutschland³ sowie eine klare Verpflichtung zur **historischen Aufarbeitung, institutionellen Veränderung** und zur **aktiven Einbindung** dieser Zielgruppe in politische Entscheidungsprozesse.

Berliner Engagement: Politischer Rahmen und Umsetzung

Erst 2019 erfolgte durch politischen Willen und nicht zuletzt durch den Druck zivilgesellschaftlicher Akteur*innen aus den Schwarzen Communities ein klares Bekenntnis: Der Senatsbeschluss vom 12. November bestätigte die Umsetzung der Dekadeziele sowie die kritische Auseinandersetzung mit Kolonialgeschichte und strukturellem Rassismus. Die damalige rot-rot-grüne Koalition der Legislaturperiode 2016–2021 – beauftragte hierfür die ehemalige Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz

und Antidiskriminierung, mit Unterstützung der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS).

Bereits im Vorfeld hatten Schwarze Communities und zivilgesellschaftliche Initiativen entscheidende inhaltliche Vorarbeit geleistet. Ein strukturierter Konsultationsprozess⁴, der 2018 unter der Leitung von ADEFRA e. V. initiiert wurde und intersektionale queer-feministische Perspektiven einbezog, legte – unter Einbindung von über 30 Selbstorganisationen – die Grundlage für den Aufbau nachhaltiger Strukturen und wirkte maßgeblich an einer Diskursverschiebung mit. Dieser Prozess fand zwischen der Berliner Verwaltung und Schwarzen, afrikanischen sowie afro-diasporischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen statt. Er mündete in mehreren modellhaften Projekten. Dazu gehörte etwa die „Prozessbegleitung zur dialogischen Entwicklung von Maßnahmen zur Implementierung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft für die Berliner Verwaltung“ der RAA Berlin (2019). Aus diesem Projekt gingen zwei Ergebnisse hervor: ein verwaltungsinterner Maßnahmenplan sowie ein zivilgesellschaftlicher Maßnahmenkatalog⁵, der den Prozess aus Schwarzen Perspektiven kritisch reflektiert und kontextualisiert. Im Anschluss wurden zwei tragende Strukturen geschaffen: die Ansprechstelle „Beratung – Begleitung – Vermitt-

¹ Der im August 2025 veröffentlichte Abschlussbericht der RAA Berlin mit dem Titel ‚Erste UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (2015–2024): Abschlussbericht über die im Rahmen der UN-Dekade vom Land Berlin geförderte Projektarbeit unter besonderer Berücksichtigung des Projektschwerpunkts UN-Dekade der RAA Berlin e.V.‘ dokumentiert umfassend die Aktivitäten und Ergebnisse der ersten Dekade. Zugleich enthält der Bericht eine rückblickende Bewertung sowie eine Einschätzung der Erwartungen an das Land Berlin im Hinblick auf die angekündigte Verlängerung der UN-Dekade bis 2034.

https://undekade.raa-berlin.de/fileadmin/user_upload/RAA_Abschlussbericht_UN-DEKADE___2015_-__2024___27_08.2025.pdf

² Wichtige völkerrechtliche, EU- und nationale Regelungen zur Bekämpfung von ASR und Diskriminierung.

<https://undekade.raa-berlin.de/un-dekade/default-title#c176>

³ Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung – Abschlussbericht des Beirats der Koordinierungsstelle zur nationalen Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft (Mai 2025).,

<https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/257782/4084867a77df16ce317c1463b929df04a/abschlussbericht-un-dekade-menschen-afrikanischer-herkunft-data.pdf>

⁴ Die Ergebnisse dieses Konsultationsprozesses wurden in dem umfassenden Bericht „Sichtbarmachung der Diskriminierung und sozialen Resilienz von Menschen afrikanischer Herkunft“ dokumentiert:

https://undekade.raa-berlin.de/fileadmin/user_upload/downloads/Abschlussbericht_zur_Sichtbarmachung_der_Diskriminierung....pdf

⁵ Zivilgesellschaftlicher Maßnahmenkatalog für die Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft und zum Abbau von deren Diskriminierung durch anti-schwarzen Rassismus (ASR) –

https://undekade.raa-berlin.de/fileadmin/user_upload/Massnahmenkatalog_UN-Dekade-2021.pdf

lung“ & das Gleichstellungsbegleitgremium, ein unabhängiger Expert*innenkreis zu ASR.⁶ Beide tragen maßgeblich zur strategischen Verankerung rassismuskritischer Perspektiven in der Berliner Verwaltung bei.

Zivilgesellschaftliche

Initiativen: Schlüsselakteur*innen der Umsetzung

Organisationen wie EOTO e. V., ADEFRA e. V., Jolibaba e. V., die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), Decolonize Berlin, Dekoloniale, die Initiative Perspektivwechsel sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteur*innen leisten mit ihrer langjährigen Expertise und praxisnahen Arbeit einen zentralen Beitrag. Ihr Engagement fokussiert sich insbesondere auf die Bereiche Sichtbarmachung, gesellschaftliche Teilhabe, Empowerment sowie die Bekämpfung von Alltags- und institutionellem Rassismus. Darüber hinaus entwickeln einige Akteur*innen Monitoring-Instrumente, Bildungsformate und Community-Organizing-Strategien, die speziell auf Menschen afrikanischer Herkunft und andere rassistisch markierte Gruppen ausgerichtet sind. Diese vielfältige (Projekt)Arbeit verdeutlicht: Eine nachhaltige und wirksame Bekämpfung von ASR erfordert eine dauerhafte, strukturell abgesicherte Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft – insbesondere mit jenen Akteur*innen, die aus der Community selbst heraus agieren und über erprobtes Wissen sowie vertrauensvolle Netzwerke verfügen.

Erfolge und strukturelle Lücken

Die erste UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft hat wichtige Impulse gesetzt und zentrale Fortschritte erzielt, die als Grundlage für eine langfristige institutionelle Verankerung dienen können. Zu den wesentlichen Errungenschaften zählen:

- Sichtbarmachung von Diskriminierung und strukturellen Barrieren, insbesondere im Kontext von ASR
- Einbindung Schwarzer Perspektiven in politische Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse
- Aufbau intersektionaler und rassismuskritischer Diskurse, mit Fokus auf ASR und ASR-Kritik
- Entwicklung verwaltungsinterner Maßnahmen und konkreter Handlungsempfehlungen
- Stärkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke sowie der Aufbau solidarischer Bündnisse zwischen Rassismus markierten Communities
- Vertiefte konzeptionelle Auseinandersetzung mit Dekolonialität und die Verankerung rassismuskritischer Ansätze im Mainstream.

Dennoch bestehen weiterhin strukturelle Defizite – insbesondere hinsichtlich der verbindlichen institutionellen Verankerung, des Aufbaus langfristiger und planbarer Förderstrukturen sowie der systematischen Einbindung zivilgesellschaftlicher Expertise. Ohne diese Voraussetzungen bleibt gesellschaftliche Teilhabe fragmentarisch und politische Gleichstellung unvollständig.

Ausblick: Die zweite UN-Dekade als strategische Verpflichtung

Die Verlängerung der Dekade bis 2034⁷ ist kein symbolischer Akt, sondern ein klarer **politischer Auftrag zur konsequenten Vertiefung und Verstärkung** der bisherigen Erfolge. Vor dem Hintergrund des Rechtsrucks in der deutschen und europäischen Politik und des Erstarkens antidemokratischer Strömungen, der zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung sowie der sich verschärfenden politischen Debatten um *Zugehörigkeit, Migration und Gleichstellung* - auch

⁶ Über die RAA Projekte - <https://undekade.raa-berlin.de/projekte>

⁷ UN-Resolution adopted by the General Assembly on 17 December 2024. <https://docs.un.org/en/A/RES/79/193> und die offizielle Aufrufung der zweiten UN-Dekade unter - <https://www.ohchr.org/en/stories/2024/12/second-international-decade-people-african-descent-renews-call-recognition-justice#:~:text=This%20Second%20International%20Decade%20is,people%20of%20African%20descent%20worldwide>

im Kontext von ASR ist festzustellen: Die demokratische Grundordnung steht zunehmend unter Druck und befindet sich in einer akuten Bewährungsprobe. Antidemokratische und rassistische Positionen gewinnen an gesellschaftlicher wie politischer Legitimation, während errungene Fortschritte im Kampf gegen ASR und andere Formen struktureller Diskriminierung akut gefährdet sind. Gerade jetzt braucht es eine **klare und verantwortungsbewusste politische Haltung und belastbare Strukturen**.

Berlin muss seinen Modellcharakter erneut unter Beweis stellen – mit:

- **Einstellung eines*r Beauftragten für ASR**
- **Verabschiedung einer ressortübergreifenden Landesstrategie & eines konkreten Aktionsplans zur Umsetzung**
- **Verankerung der zweiten Dekade im Koalitionsvertrag**

Diese Maßnahmen sind kein Selbstzweck, sondern notwendige Instrumente zur Sicherung demokratischer Prinzipien, zur Förderung sozialer Gerechtigkeit und zur strukturellen Gleichstellung von Menschen afrikanischer Herkunft.

Fazit

Die zweite UN-Dekade darf nicht als bloße Fortführung verstanden werden, sondern als **strategische Vertiefung**. Sie bietet die Chance, symbolische Politik durch **strukturverändernde Maßnahmen** zu ersetzen: für mehr Gleichberechtigung, Sichtbarkeit, Teilhabe, Schutz und Gerechtigkeit.

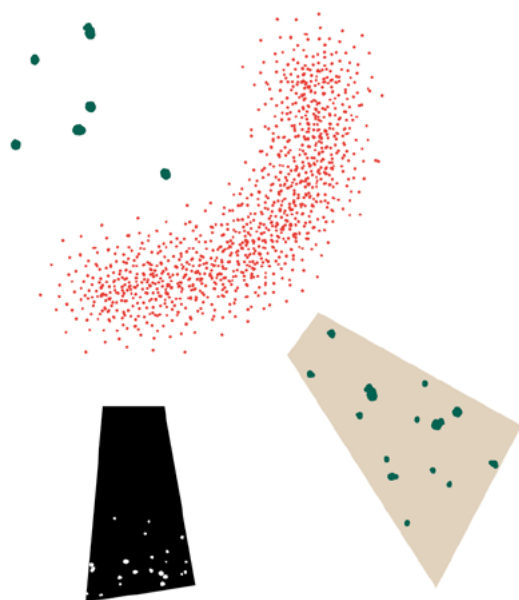
Berlin – als Stadt mit kolonialer Verantwortung und ihrer Vielfalt – steht in der Pflicht, die demokratische Substanz gegen rassistische Rückschritte zu verteidigen. Was es jetzt braucht, ist der politische Wille, bestehende Ansätze zu verstetigen und die zweite Dekade als das zu begreifen, was sie ist: **ein Auftrag zur gerechten und demokratischen Zukunftsgestaltung aus der Perspektive von Erinnerung und Verantwortung**.

Mehr unter:

<https://undekade.raa-berlin.de>



DR. IDAH NABATEREGGA



Dekolonisierung in Berlin gelingt nur gemeinsam

Koordinierungsstelle



Berlin versteht sich gern als Stadt der Erinnerung – an vielen Orten der Stadt überlappen sich Erinnerungsgeschichten und ermöglichen es, sich mit (de)kolonialen Geschichten auseinanderzusetzen. Berlin steht zugleich vor der Aufgabe, koloniale Kontinuitäten sichtbar zu machen und abzubauen. Die Struktur des föderalen Systems eröffnet dabei besondere Chancen: Sie ermöglicht die Etablierung einer pluralen Erinnerungskultur, in der auf kreative, demokratische und multiperspektivische Weise an historisches Unrecht und an die vielfältigen Widerstände dagegen erinnert werden kann. Das gelingt nur, wenn Bezirk, Land und Bund ihre unterschiedlichen Zuständigkeiten nicht nebeneinander, sondern miteinander wahrnehmen. Dekolonisierung ist Querschnittsarbeit: Sie vollzieht sich einerseits ebenenübergreifend im föderalen System, das heißt zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die jeweils eigene Zuständigkeiten und Akzente in der Erinnerungskultur setzen. Andererseits ist sie auch inhaltlich eine Querschnittsaufgabe und betrifft Kultur- und Bildungspolitik, Stadtentwicklung, Wissenschaft, Wirtschaft und internationale Zusammenarbeit. Nötig sind klare Verfahren, verlässliche Finanzierung – und eine gemeinsame Sprache über die Ebenen hinweg.

Strukturen statt bloß Projekte

Die Kraft dekolonialer Erinnerung liegt in der Verzahnung von dezentralen und zentralen Formaten. Gedenkorte in den Bezirken schaffen niedrigschwellige Zugänge – besonders für Schulen und lokale Communities. Im Kiez machen sie verborgene Erinnerungsgeschichten sichtbar, holen die Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus in den Alltag und zeigen, dass koloniale Strukturen alle Lebensbereiche durchdringen. So wird Geschichte nicht abstrakt, sondern vor Ort erfahrbar – an den Straßen, Plätzen und Häusern, die wir täglich passieren. Aus vielen kleinen Orten entsteht ein dichtes Netz der Erinnerungen, das sich in die Gegenwart einschreibt und sie zugleich befragt. Zentrale Erinnerungsarbeit entfaltet darüber hinaus eine starke symbolische Wirkung.

Wirksam ist beides nur, wenn die Ebenen koordiniert handeln und auf einem gemeinsamen, stabilen Fundament stehen.

Ein Kernproblem bleibt die Kurzfristigkeit: Förderungen sind oft projektgebunden, befristet und prekär. Dadurch wird dekoloniale Arbeit anfällig für politische Stimmungslagen und finanzielle Engpässe. Berlin braucht deshalb langfristige Strukturen – kontinuierliche Budgets, bezahlte Stellen auch in der Zivilgesellschaft und dauerhafte Erinnerungsorte.

Wo die Arbeit konkret wird: die Bezirke

In den Bezirken wird koloniale Geschichte greifbar – in Straßenräumen, Parks, Museen, Archiven und in der Bildungsarbeit vor Ort. Beispiele wie Treptow-Köpenick zeigen, wie Erinnerung beginnt: mit Ausstellungen, künstlerischen Interventionen und politischen Beschlüssen. In Treptow-Köpenick wurde im Rahmen der Gewerbeausstellung von 1896 die erste deutsche Völkerschau veranstaltet. Das Bezirksmuseum widmet diesem Thema die Dauerausstellung *zurückgeschaut* und plant derzeit die Einrichtung eines dezentralen Erinnerungsortes am Karpfenteich im Treptower Park – genau an jenem Ort, an dem einst 106 Personen über mehrere Monate hinweg zur Schau gestellt wurden.

Künstlerische und kreative Interventionen wie der Hörspaziergang *zurückgezählt* haben ein parteiübergreifendes Bewusstsein für diesen Teil der Geschichte in Treptow-Köpenick geschaffen und letztlich zu dem Beschluss geführt, am Karpfenteich einen dezentralen Erinnerungsort einzurichten. Gleichzeitig sind es jedoch gerade die Bezirke und Kommunen, in denen die Ressourcen für eine solche Erinnerungskultur am knappsten sind.

Sollen Bezirke Verantwortung tragen, brauchen sie verlässliche personelle Kapazitäten und Planungssicherheit über Projektzyklen hinaus. Landes- und Bundesmittel müssen so ausgestaltet sein, dass sie lokale Vorhaben langfristig stützen, anstatt in administrativen Hürden zu versanden.

Die Rolle des Landes: koordinieren, verstetigen, skalieren

Die Verantwortung dafür, dass kritisch an den Kolonialismus erinnert wird, liegt dabei bei allen Ebenen: Wenn es die Verantwortung der Bezirke ist, dafür zu sorgen, dass das Thema in den Nachbarschaften sichtbar ist, dann ist es auch die Verantwortung des Landes Berlin, die besondere Verantwortung als ehemalige Reichshauptstadt und politisches Zentrum deutlich zu machen. Gleichzeitig trägt der Bund als Nachfolgestaat des Kaiserreichs die rechtliche, politische und erinnerungspolitische Verantwortung, an die Verblichen in den Kolonien im Namen des Deutschen Reichs zu erinnern.

Berlin spannt den Rahmen für Erinnerung, bündelt Programme und verknüpft zentrale mit dezentralen Orten. Doch nur transparente Verfahren und die frühe Einbindung der Zivilgesellschaft geben diesem Gerüst Leben. Der Bund setzt die äußeren Linien: Er finanziert mit, sorgt für Kontinuität und trägt Verantwortung – von Repatriierung bis zu internationalen Partnerschaften. Erst im Zusammenspiel entsteht ein Fundament, das dauerhafte Orte und eine lebendige Praxis ermöglicht.

Partizipation der Zivilgesellschaft – mit Wirkung

Leitlinien und Programme entfalten nur dann Glaubwürdigkeit, wenn betroffene Communities und zivilgesellschaftliche Initiativen wirksam beteiligt sind. Ihre Mitwirkung sollte strukturell verankert sein – etwa in Beiräten und Arbeitsgruppen mit klaren Rechten, transparenten Abläufen und Rückkopplung in die Entscheidungsebenen. Förderlogiken sollten Kooperation belohnen, statt Konkurrenz zu verschärfen, damit Wissen, Beziehungen und Verantwortung vor Ort wachsen können.



Berlin als Lernraum

Die Auseinandersetzung mit Kolonialismus ist in Berlin vielstimmig. Dazu gehört, ostdeutsche Erinnerungserfahrungen einzubeziehen und hegemoniale Deutungen zu hinterfragen. Gerade diese Vielfalt eröffnet differenzierte Zugänge für Schulen, Nachbarschaften und Institutionen. Wenn Land und Bezirke diese Perspektiven aktiv einbinden – und der Bund entsprechende Formate unterstützt –, entsteht ein Lernraum, der über Berlin hinausweist.

Dekolonisierung ist kein Zusatzprogramm, sondern Teil eines demokratischen Selbstverständnisses. Bezirk, Land und Bund tragen jeweils eigene Verantwortung – wirksam wird sie erst in der abgestimmten Zusammenarbeit und in Kooperation mit der Zivilgesellschaft. Berlin braucht klare Zuständigkeiten, mehrjährige und faire Förderstrukturen sowie verbindliche Beteiligung. Die bei Decolonize Berlin angesiedelte Koordinierungsstelle ist seit 2020 als verlässliche Partnerin tätig und fungiert als Brücke zu den Schwarzen, migrantischen und diasporischen Communities in Berlin. Wo diese Komponenten zusammenkommen, zeigt sich: Dekolonisierung kann gelingen – als gemeinsame, verlässliche Praxis über alle Ebenen hinweg.

¹ Drs.Nr.: IX/0312 Nr.: 0343/21/23, https://bvv-treptow-koepenick.berlin.de/pi-r/vo020_r.asp?VOLFDNR=7305

In Erinnerung an Martha N'dumbe (1902–1945): Dekolonisierungspraktiken in Berlin

Professor Robbie Aitken

Sheffield Hallam University



Foto: Thabo Thindi

Berlin ist eine Stadt, deren Geschichte im öffentlichen Raum überall sichtbar ist. An Gebäuden, in Museen, in Straßennamen, auf Informationssäulen sowie in Form von Denkmälern, Gedenktafeln, Stolpersteinen oder Statuen, bis hin zu historischen Bildern in Bahnhöfen – Deutschlands und Berlins Vergangenheit ist überall präsent. Die Vergangenheit, wie sie festgehalten wird und wie die Stadt und ihre Bewohner*innen dargestellt werden ist unwiderruflich subjektiv und oft auch widersprüchlich: Berlin, die Stadt der Dichter*innen und Denker*innen; eine Stadt, geprägt von

Diktaturen und Revolutionen; die hedonistische, trendige, moderne Hauptstadt einer jungen Republik; eine von zwei Weltkriegen gezeichnete Stadt; eine, die geteilt und dann wiedervereinigt wurde; eine kosmopolitische, fortschrittliche und weltoffene Metropole. Berlin hat gezeigt, dass es in der Lage ist, sich mit seiner gewalttätigen und traumatischen Vergangenheit auseinanderzusetzen, indem es die Verantwortung für die Verbrechen des Holocausts anerkennt. Aber die Vergangenheit, an die erinnert wird, begünstigt vor allem seine – im Gegensatz zu ihren – Geschichten

und macht keine Referenz zur langandauernden Anwesenheit von Menschen afrikanischer und asiatischer Herkunft. Auch wird versäumt, sich kritisch mit der Rolle Berlins und Deutschlands im internationalen Versklavungshandel und europäischen Imperialismus und deren Vermächtnissen auseinanderzusetzen.

In dieser Hinsicht unterscheidet sich Berlin nicht von anderen europäischen Städten wie Bristol, Lissabon, Liverpool, Brüssel und vielen anderen, die sich schwertun, sich adäquat mit der Frage auseinanderzusetzen, wie Vorstellungen von Rasse - oft umschrieben als Kultur oder Religion - und wie Rassismus, Imperialismus und weiße Privilegien das städtische Umfeld und das Leben der Stadtbewohner*innen geprägt haben und weiterhin prägen. Was viele dieser Städte ebenfalls gemeinsam haben, ist, dass Schwarze, asiatische, afro- und asiatisch-diasporische Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und zivilgesellschaftliche Gruppen seit Jahrzehnten unermüdlich daran arbeiten, die Art, wie wir gedenken zu diversifizieren und historisch unterschätzte Bereiche anzuerkennen.¹ Die Umbenennung von Straßen und das Anbringen von Gedenktafeln und Aufstellen von Informationssäulen gehören zu den Strategien, die in Berlin erfolgreich angewandt wurden, um den öffentlichen Raum zu dekolonisieren. Angedrieben von der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) und dem Bündnis Decolonize Berlin sind diese Initiativen weit davon entfernt, „sinnlose und nutzlose symbolische Maßnahmen“ zu sein.² Es geht darum, eine breitere Debatte darüber anzustoßen, wessen Geschichte gewürdigt wird oder nicht. Sie fordern Anerkennung und Repräsentation sowie die Schaffung neuer, inklusiver öffentlicher Orte der Wissensvermittlung, die

alternative Perspektiven zur vorherrschenden Geschichtsschreibung bieten.

Die kürzlich erfolgten Umbenennungen von Berliner Straßen ehren Persönlichkeiten und Bewegungen des antikolonialen Widerstands. Beispiele sind der Manga-Bell-Platz (2022), die Cornelius-Fredericks-Straße (2022), die Maji-Maji-Allee und Anna-Mungunda-Allee (2024). In diesen Fällen wurde der Fokus von der deutschen Kolonialmacht auf Geschichten von „Empowerment und Befreiung“ verlagert.³ Die viel beachtete Umbenennung der M*-Straße, die jetzt nach dem ghanaischen Philosophen Anton Wilhelm Amo (ca. 1703 – ca. 1759) (2025) benannt ist, und die Einweihung der Gedenktafeln für die Kameruner Martin Dibobe (2016), Joseph Ekwe Bilé (2022) und Louis Brody (2024) sowie des Tansaniers Mtoro Bakari (2024), zeugen von der langen Geschichte des antikolonialen und antirassistischen Aktivismus von in Deutschland lebenden Afrikaner*innen. Sie rückt außerdem die lange Präsenz Schwarzer Menschen in Deutschland ins Blickfeld.

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Arbeit von Decolonize Berlin, seinen Partner*innen und Verbündeten ist die Umbenennung des Nettelbeckplatzes in Berlin-Wedding.⁴ Seit 1884, als Deutschland erstmals offiziell Gebiete in Afrika besetzte, war dieser Platz nach Joachim Nettelbeck (1738-1824) benannt - einem preußischen Seefahrer, Sklavenhändler und Propagandisten für die preußische Überseeexpansion. Er wird nun zu Ehren der Schwarzen Deutschen Martha N'dumbe umbenannt, die am 5. Februar 1945 im Konzentrationslager Ravensbrück ermordet wurde. Martha ist eine würdige Wahl. Ihre Lebensgeschichte ist vielschichtig⁵ und umfasst die Geschichte von ‚Rasse‘, Gender, Imperialismus,

¹ Zu den „Blacktivist“-Bemühungen in europäischen Hauptstädten siehe Kelly, N. und Vassell, O. (Hrsg.) (2023). *Mapping Black Europe: Monuments, Markers, Memories*. Transcript, Bielefeld.

² Dieses lächerliche Argument wurde von der konservativen Gruppe Initiative pro Afrikanisches Viertel verwendet, die versuchte, die Umbenennung von Straßen mit Bezug zur kolonialen Vergangenheit in Wedding zu verhindern. Barwick-Gross, C. und Kulz, K. (2024). *Local Struggles, Global Issues in Journal of Race, Ethnicity, and the City*, 5/2, S.123.

³ Yeboah, A. (2024). (De)Colonial Berlin Spatializations of German Colonialism in Egbers, V. et.al (Hrsg.), *Architectures of Colonialism: Constructed Histories, Conflicting Memories*. De Gruyter Brill, Berlin, S.251.

⁴ ISD und Decolonize Erfurt setzten sich dafür ein, das Nettelbeck-Ufer in Erfurt zu Ehren des schwarzen Deutschen Gert Schramm, der im KZ-Buchenwald inhaftiert war, umzubenennen.

Nationalsozialismus und von Schwarzen Deutschen im Allgemeinen.

Martha wurde am 27. Juli 1902 in Berlin als Tochter von Dorothea Holl aus Hamburg und Jakob N'dumbe aus Douala, Kamerun, geboren. Kolonialismus brachte ihren Vater nach Berlin, wo er sich später, wie Hunderte seiner afrikanischen Zeitgenossen, niederließ. Er kam 1896 zusammen mit 105 Männern und Frauen aus dem deutschen Überseegebiet nach Berlin, um auf der ersten Deutschen Kolonialausstellung in Berlin-Treptow ausgestellt zu werden. Vor 1914 hatte Martha aufgrund ihres Vaters den Status einer ‚Kolonial-untertanin‘ bekommen. Deutschland wurde nach dem Ersten Weltkrieg zu einer Kolonialmacht ohne Kolonialreich und Martha entsprechend während der Weimarer Republik zur Staatenlosen. In der Nazi-Diktatur schließlich wurde sie als ‚rassische‘ Außenseiterin eingestuft. Ihr wechselnder und unsicherer rechtlicher Status und, dass ihr die deutsche Staatsbürgerschaft verweigert wurde, gingen einher mit prekären wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, in denen sie, ihre Familie und viele afrikanische und Schwarze Menschen und Familien in Deutschland lebten. Marthas Marginalisierung wurde noch verstärkt durch ihre Zeit in Pflege, den Tod ihres Vaters, als sie 16 Jahre alt war und die zerrüttete Beziehung zu ihrer Mutter sowie den Tod ihrer eigenen Tochter, die bereits im Säuglingsalter starb. Kleinkriminalität und Prostitution wurden zu ihrem Hauptweg, um einen Lebensunterhalt zu bestreiten. Dies brachte sie schließlich ins Visier der Nazis, die sie im Juni 1944 in Ravensbrück inhaftierten, wo sie später verstarb; sie war eine von mindestens fünf Schwarzen Frauen, die dort eingesperrt wurden.

Martha wurde nicht nur zu Lebzeiten diskriminiert, sondern auch nach ihrem Tod. Ihre Mutter reichte 1954 einen Antrag bei der Entschädigungsbehörde in Hamburg ein, in dem sie darum bat,

Martha als Opfer des Nazi-Regimes anzuerkennen und ihr eine finanzielle Entschädigung zu gewähren. Als sogenannte ‚Asoziale‘ und Schwarze Frau wurde Martha, wie unzählige andere, nicht als Opfer der Verfolgung durch die Nazis anerkannt.

Die Umbenennung einer Straße nach ihr ist zum einen eine Anerkennung ihrer Existenz, ihres Leidens, aber auch ihrer Widerstandskraft und der historischen Schuld, die ihr gegenüber besteht. Diese Initiative ergänzt die Verlegung von Stolpersteinen, die an das Leben weiterer Schwarzer erinnert, die von den Nazis verfolgt wurden. 2007 wurde in Berlin ein Stolperstein für den Tansanier Mohamed Husen verlegt, der im KZ Sachsenhausen starb; der erste Stolperstein in Deutschland, der einem Schwarzen Verfolgten gewidmet ist. Dank der Bemühungen von Dekoloniale, ISD und ihren Partnern wurden seit 2021 weitere elf Stolpersteine in der Stadt verlegt, darunter einer für Martha in der Max-Beer-Straße 24. Insgesamt gibt es nun 15 solcher Gedenkorte für Schwarze Verfolgte der Nazis in ganz Deutschland – viel zu wenige.

Diese Ehrenmale verdeutlichen die Verbindungen zwischen der kolonialen und der nationalsozialistischen Vergangenheit. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf das akademische und öffentliche „Verschweigen“ der Geschichte der Schwarzen Deutschen im Allgemeinen. Sie zeigen aber auch auf, wie die persönlichen Erfahrungen Schwarzer Menschen während der Nazizeit fast komplett ausradiert worden und in Vergessenheit geraten sind. Sie zeigen einerseits die Vielfalt individueller Erfahrungen, bezeugen aber andererseits die kollektive Verfolgung, der sie ausgesetzt waren. Zwar erhielten einige Schwarze Verfolgte nach 1945 Entschädigungen von den westdeutschen Entschädigungsbehörden, doch trotz der historischen Beweise gibt es bis heute keine formelle Anerkennung dafür, dass Schwarze Menschen als Gruppe gezielt von den Nazis verfolgt wurden.

⁵ Eine ausführlichere Biografie von Martha und Jakob findet sich auf der Website von Dekoloniale: Aitken, R. (2021). Jacob Njo N'dumbe und Martha N'dumbe, <https://dekoloniale.de/en/map#>.

⁶ Siehe Hoeder, C-S. (2020). Totgeschwiegen, Süddeutsche Zeitung Magazin, <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/willkommen-bei-mir/geschichte-afrodeutsch-88967> und Swift, J. (2017). Die Auslöschung der Menschen afrikanischer Herkunft im nationalsozialistischen Deutschland, Black Perspectives. <https://www.aaihs.org/the-erasure-of-people-of-african-descent-in-nazi-germany/>.

In memory of Martha N'dumbe(1902-1945): Decolonizing Practices in Berlin

Professor Robbie Aitken

Sheffield Hallam University



Foto: Thabo Thindi

Berlin is a city whose history is laid bare in its public spaces. Whether it be on its buildings, in its museums, on street names, information pillars, or memorials, on *Gedenktafeln*, *Stolpersteine*, statues, or even in the historical images in many of its stations, Berlin and Germany's past is everywhere. The past that is preserved and the multiple vision(s) of the city and its residents presented are invariably subjective and often contradictory: Berlin as a city of *Denker and Dichter*; a city marked by dictatorships and revolutions; the hedonistic, modern capital of a fledgling Republic; a city scarred by two World Wars; one that was divided then reunited; a cosmopolitan, progressive, welcoming city. Berlin has shown a capacity to confront violent and traumatic aspects of its history, in particular acknowledging responsibility for the crimes of the Holocaust. But the past that is memorialised privileges predominantly his - as opposed to her - stories, renders invisible the longer-term presence of people of African and Asian heritage, and fails to critically engage with the city and Germany's role in both international slavery and European imperialism and their legacies.

In this way Berlin is no different from many European cities like Bristol, Lisbon, Liverpool, Brussels, among others, in struggling to meaningfully address how ideas of race, often reinscribed as culture and religion, racism, empire, and white privilege have shaped and continue to shape the urban setting and the lives of residents. What many of these cities also share in common is that Black, Asian, Afro- and Asian-diasporic scholars, activists, and civil society groups have worked tirelessly to force them to diversify memorialisation practices and recognise historical blind spots.¹ Street renaming and the placing of *Gedenktafeln* and information pillars have been among the strategies employed to great effect in Berlin to decolonise public spaces. Driven by *ISD* and the *Decolonize Berlin* alliance, these initiatives are far from being "senseless and useless symbolic policies."² They are about fostering a wider debate concerning whose stories are commemorated and whose are not. They call for recognition and representation, and the creation of new, inclusive

public sites of knowledge which offer alternative perspectives on dominant histories.

The recent renaming of Berlin streets to honour anti-colonial resistance figures and movements such as Manga-Bell-Platz, Cornelius-Fredericks-Straße (2022), Maji-Maji-Allee, and Anna-Mangunda-Allee (2024) has moved a focus from German colonial power to stories of "empowerment and liberation."³ The highly-publicised renaming of the M-Straße after the Ghanaian philosopher Anton Wilhelm Amo (ca. 1703 – ca. 1759) (2025), alongside the dedication of *Gedenktafeln* to the Cameroonians Martin Dibobe (2016), Joseph Ekwe Bilé (2022), Louis Brody (2024), and the Tanzanian Mtoro Bakari (2024) testifies to the far longer history of anti-colonial and anti-racist activism of German-based Africans as well as the longer presence of Black people in Germany.

A further important result of the work of *Decolonize Berlin*, its partners, and allies is the renaming of the Nettelbeckplatz in Berlin-Wedding.⁴ Since 1884, the same year as Germany first formally seized territories in Africa, the square has been named after Joachim Nettelbeck (1738-1824), a Prussian sailor, trader of enslaved people, and propagandist for Prussian overseas expansion. It will be renamed in honour of the Black German Martha N'dumbe who was murdered in the concentration camp Ravensbrück on 5th February 1945. Martha is a worthy choice. Her life story is multidimensional.⁵ It intersects with larger histories of race, gender, Empire, National Socialism, and Black German history.

Martha was born in Berlin on 27th July 1902, the daughter of Dorothea Holl from Hamburg and Jakob N'dumbe from Douala, Cameroon. Colonialism brought her father to Berlin where he, like hundreds of African contemporaries, chose to settle down. He arrived in 1896 alongside a further 105 men and women from Germany's overseas empire to be put on display at the First German Colonial Exhibition held in Berlin-Treptow. As Germany shifted from being a colonial power to losing its Empire after World War One, Martha's colonial link saw her defined first as a colonial subject pre-1914, as a stateless person during the Wei-

mar period, and finally as a 'racial' outsider during the Nazi dictatorship. The instability of her legal status and denial of access to German citizenship, matched the precarious economic and social circumstances she, her family, and many African and Black German individuals and families faced. Martha's marginalisation was compounded by spending time in care, her father's death when she was 16, a fractured relationship with her mother, and the death of her own daughter in infancy. Petty crime and prostitution became her central means of making a living. This eventually brought her to the attention of the Nazis, who incarcerated her in Ravensbrück in June 1944; one of at least 5 Black women to have been held there.

Discriminated against in life, Martha was also discriminated against in death. Her mother filed a claim with the Hamburg Reparations Authorities in 1954 asking for them to recognise Martha as a victim of the Nazi regime and to provide her with financial compensation. As a so-called "Asozial" and as a Black woman, Martha like countless others was refused recognition as having been persecuted by the Nazis. Renaming a street after her is partly about acknowledging her existence, her suffering, her resilience, and the historical debt owed her. This initiative complements the laying of *Stolpersteine* commemorating the lives of other Black persecutees of the Nazis. In Berlin in 2007 a *Stolperstein* was laid for the Tanzanian Mohamed Husen who died in KZ Sachsenhausen; the first in Germany dedicated to a Black persecutee. Thanks to the efforts of *Dekoloniale*, *ISD*, and

their allies a further 11 have been placed in the city since 2021, including one dedicated to Martha at Max-Beer-Straße 24. In total there are now 15 such memorials to Black persecutees throughout Germany – far too few.

These memorials speak to the links between the colonial and National Socialist past. They draw attention to the academic and public "silencing" of Black German history in general and the "erasure" of the experiences of Black people during the Nazi period in particular.⁶ They testify to the diversity of individual experiences on the one hand, while speaking to collective persecution on the other. While some Black persecutees did receive compensation from the West German Reparations Authorities post-1945, as yet, despite the historical evidence, there is no formal recognition that as a group, Black people were actively targeted by the Nazis.



PROFESSOR ROBBIE AITKEN

¹ Yeboah, A. (2024). (De)Colonial Berlin Spatializations of German Colonialism in Egbers, V. et.al (eds), *Architectures of Colonialism: Constructed Histories, Conflicting Memories*. De Gruyter Brill, Berlin, S.251.

² This derisory argument was used by the conservative group Initiative pro Afrikanisches Viertel which tried to block the renaming of streets linked to the colonial past in Wedding. Barwick-Gross, C. and Kulz, K. (2024). *Local Struggles, Global Issues in Journal of Race, Ethnicity, and the City*, 5/2, S.123

³ Yeboah, A. (2024). (De)Colonial Berlin Spatializations of German Colonialism in Egbers, V. et.al (eds), *Architectures of Colonialism: Constructed Histories, Conflicting Memories*. De Gruyter Brill, Berlin, S.251.

⁴ ISD and Decolonize Erfurt led efforts to rename the Nettelbeck-Ufer in Erfurt in honour of the Black German Gert Schramm who was incarcerated in KZ-Buchenwald.

⁵ For a fuller biography of Martha and Jakob, see the Dekoloniale website: Aitken, R. (2021). Jacob Njo N'dumbe and Martha N'dumbe, <https://dekoloniale.de/en/map#>.

⁶ See Hoeder, C-S. (2020). "Totgeschwiegen," *Süddeutsche Zeitung Magazine*, July 9, <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/willkommen-bei-mir/geschichte-afrodeutsch-88967> and Swift, J. (2017). *The Erasure of People of African Descent in Nazi Germany, Black Perspectives*, <https://www.aaihs.org/the-erasure-of-people-of-african-descent-in-nazi-germany/>.

Gemeinsame Erinnerungspraxis

Interview mit Manuela Bauche,
Leiterin des Erinnerungsortes Ihnestraße der FU Berlin

Der Erinnerungsort Ihnestraße beschäftigt sich mit einer Wissenschaft, die von Entgrenzung, Rassismus und Entmenschlichung geprägt war. Das Gebäude Ihnestraße 22 ist seit rund 100 Jahren ein Ort wissenschaftlicher Forschung: Von 1927 bis 1945 befand sich hier das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik (KWI-A).



Foto: Bernd Wannenmacher

Frage: Vor gut einem Jahr wurde der Erinnerungs-ort Ihnstraße eröffnet. Was heißt es für dich, in deiner Arbeit dort ‚verflechtungsgeschichtlich‘ zu denken und zu arbeiten?

Antwort: Ich bin mir gar nicht sicher, ob der Begriff „Verflechtungsgeschichte“ wirklich trifft, was wir dort tun. Häufig wird unsere Arbeit eher unter „multidirektionaler Erinnerung“ eingeordnet. Im Kern erzählen wir die Geschichte eines Instituts: des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik, das von 1927 bis 1945 bestand. Es war einerseits eng mit der Eugenik der Weimarer Zeit, andererseits mit der nationalsozialistischen Politik von Verfolgung und Vernichtung verbunden. Zugleich knüpfte es an Praktiken kolonialer Anthropologie an, etwa über den Gründungsdirektor Eugen Fischer und aber auch durch die sehr große ‘Sammlung’ an Human Remains, die dort bewahrt wurde. Diese wurden schon vor Gründung des Instituts, insbesondere während des Kaiserreichs, zusammengetragen, und eben auch zu großen Teilen in kolonialen Kontexten.

Unsere Ausstellung zeigt diese Arbeitspraxis und problematisiert sie. Weil sie drei historische Felder berührt – Kolonialismus, Weimarer Eugenik und Nationalsozialismus – wird das von außen oft als „verflechtungsgeschichtlich“ wahrgenommen. Mir ist aber wichtig: Wir erzählen die Geschichte eines konkreten Instituts, und die bringt diese Mehrdimensionalität zwangsläufig mit. Der Begriff „Verflechtung“ suggeriert, dass es eigentlich getrennte Bereiche gäbe, die man erst verknüpfen müsse – das halte ich für problematisch.

Frage: Warum wird dieses Zusammendenken so selten praktiziert?

Antwort: Das hat zwei Ebenen: eine wissenschaftliche und eine erinnerungspolitische. Forschung zu Kolonialismus und Nationalsozialismus ist bis heute institutionell stark voneinander getrennt. Kolonialismus wurde und wird vor allem in den Area Studies behandelt, die NS-Forschung an geschichtswissenschaftlichen Instituten, die sich primär mit deutscher oder europäischer Geschichte beschäftigen. Diese Trennung zieht sich durch – von den Instituten über Fachzeitschriften



Foto: Bernd Wannenmacher

bis hin zu wissenschaftlichen Gesellschaften.

Hinzu kommt die erinnerungspolitische Logik, die eng mit der Förderlogik verbunden ist: Für die Aufarbeitung des NS-Unrechts gibt es seit Langem ein staatliches Commitment – auch wenn die Mittel bei Weitem nicht ausreichen. Für Kolonialismus hingegen existiert bis heute nur eine begrenzte Förderung. Das prägt unmittelbar, wie öffentliche Erinnerungspraxis aussieht.

Solche Trennungen haben Folgen: Sie bestimmen, was zusammen gedacht wird – und was nicht. Zugleich erlebe ich bei jüngeren Generationen eine neue Selbstverständlichkeit. Für viele der Studierenden, die ich unterrichte, ist es völlig klar, sowohl über koloniale als auch über nationalsozialistisches Unrecht nachzudenken. Das macht mich optimistisch. Dass die Geschichte des Kolonialismus heute so viel stärker rezipiert wird, ist auch ein Ergebnis der langen Kämpfe um Sichtbarkeit und Anerkennung. Studierende fragen eher: Warum überhaupt trennen? Diese Haltung ist eine große Chance.

Frage: Warum ist es in Politik und Erinnerungskultur so wichtig, 1945 als klaren Schlusspunkt

des Nationalsozialismus zu setzen – und was würde sich verändern, wenn man die strukturellen Kontinuitäten stärker mitbedenkt?

Natürlich endete 1945 ein politisches Regime, doch es blieben zahlreiche personelle und ideologische Kontinuitäten bestehen – entgegen der Vorstellung einer vollständigen ‘Entnazifizierung’. Privilegien aus der NS-Zeit wirkten fort, ebenso antisemitisches Gedankengut, rassistische und ableistische Ideologien. Wer sich ernsthaft mit der Geschichte des Nationalsozialismus beschäftigt, muss diese Fortwirkungen mitdenken. Wenn der Nationalsozialismus hingegen als vergangene, ‘dunkle’ Geschichte und als ‘Zivilisationsbruch’ gedacht wird, dann wird suggeriert, dass Verfolgung und Vernichtung außerhalb aller historischen und gesellschaftlichen Kontexte erfolgt sei. Damit wird der Nationalsozialismus als grundlegende Abkehr von der Geschichte dargestellt, nicht als etwas, das strukturell vorbereitet wurde und über 1945 hinaus weitergewirkt hat.

In der Praxis der Erinnerung an den Kolonialismus spielt das Thematisieren von Kontinuitäten eine selbstverständliche Rolle. Deutlich wird dort auch die Gleichzeitigkeit und Widersprüchlichkeit zwischen dem europäischen Selbstbild als ‘zivilisiert’ und der europäischen Praxis von Massenmorden. Diese Gleichzeitigkeit prägt auch die NS-Geschichte. Auch deshalb liegt es nahe, beide Regime gemeinsam zu betrachten – als Systeme, die Zivilisation behaupteten und zugleich Massenmord ermöglichten.

Eine radikal gestärkte Erinnerung an den Kolonialismus würde letztlich auch erzwingen, die NS-Vergangenheit stärker unter diesem Blickwinkel mitzudenken.

Frage: Warum ist gemeinsames Erinnern für dich wichtig?

Antwort: Ich spreche lieber von gemeinsamer Erinnerungspraxis. Wenn wir Kolonialismus und Nationalsozialismus gemeinsam betrachten, erkennen wir strukturelle Gemeinsamkeiten – etwa in Ideologien der Ungleichwertigkeit: Rassismus, Antisemitismus, Ableismus. Besonders Letzteres wird oft vergessen: Auch der Massenmord an Menschen mit Behinderungen gehört zum NS.

Ein solcher Blick eröffnet die Möglichkeit, Solidaritäten zu entwickeln. Heute wird zwar vermehrt gemeinsam gegen Antisemitismus und Rassismus gekämpft, aber Ableismus bleibt meist ausgeklammert. Dabei ähneln sich die Diskurse und Strukturen der Entmenschlichung stark. Mir ist es wichtig, die Geschichte von Ableismus und der Behindertenbewegung stärker einzubeziehen.

Frage: Was wünschst du dir für die Zukunft?

Antwort: Ich wünsche mir, dass Erinnerungspraxis Solidaritäten stiftet. Das bedeutet, strukturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Unrechtsregimen zu analysieren – aber auch Ähnlichkeiten in den Kämpfen um Erinnerung und Selbstorganisation Betroffener wahrzunehmen. Wenn wir auf diese Bewegungen zurückschauen, können wir viel für heutige Solidaritäten lernen.

Sowohl Kolonialismus als auch Nationalsozialismus waren Herrschaftssysteme der Entrechtung. Sie definierten, wer zu den Herrschenden gehörte und wer rechtlos gestellt oder ermordet werden konnte. Diese Logik der Teilung zieht sich durch beide Systeme – und macht deutlich, warum es so entscheidend ist, sie gemeinsam zu erinnern.



MANUELA BAUCHE

Utopie als Widerstand

Koordinierungsstelle

In einer Zeit, in der gesellschaftliche Debatten zunehmend von Krisenbewältigung und Abwehrkämpfen geprägt sind, fällt es schwer, proaktiv über die Gestaltung gerechter Zukünfte nachzudenken. Der öffentliche Diskurs kreist häufig darum, das „Schlimmste zu verhindern“, statt sich darauf zu konzentrieren, das „Bessere möglich zu machen“. Gerade für dekoloniale Perspektiven bedeutet dies eine spürbare Einschränkung: Anstatt Räume zu öffnen, in denen neue Wege sichtbar werden, verengt sich der Blick auf das Machbare/die Probleme im Hier und Jetzt.

Doch genau hier liegt die Kraft der Utopie. Utopisches Denken – verstanden nicht als weltfremde Fantasie, sondern als kollektive Widerstandspraxis – gibt uns die Möglichkeit, unsere Handlungsmacht zurückzuerobern. Indem wir uns eine Zukunft vorstellen, in der dekoloniale Forderungen bereits verwirklicht sind, können wir aus dieser Perspektive rückwärts ableiten, welche Schritte heute, in fünf Jahren und in zehn Jahren notwendig sind, um dorthin zu gelangen.

Utopie als politische und gelebte Praxis

Utopien gelten oft als unrealistisch. Doch gerade marginalisierte Gruppen haben immer wieder gezeigt, dass das Entwerfen von Visionen ein politisches Instrument ist: Es macht Alternativen sichtbar, eröffnet Möglichkeitsräume und wirkt der Ohnmacht entgegen.

Sowohl der Partizipationsprozess zur Erarbeitung des Konzepts für ein gesamtstädtisches Konzept zur Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit Berlins als auch der daran anknüpfende Aufarbeitungsprozess haben gezeigt, dass das Denken und Konstruieren einer anderen Zukunft möglich – und dank der unermüdlichen Arbeit vieler zivilgesellschaftlicher Akteur*innen – bereits gelebte Praxis ist.

Für eine dekoloniale Bewegung bedeutet das: Wir stellen uns eine Stadt, eine Gesellschaft, eine Welt vor, die nicht länger von kolonialen Kontinuitäten geprägt ist – und nutzen dieses Bild als Wegweiser. So wird Utopie zu einer Praxis, die das Heute verändert, weil sie das Morgen ernst nimmt.

Rückwärts planen: Eine dekoloniale Zukunft denken

Stellen wir uns Berlin im Jahr 2035 als dekoloniale Stadt vor. Nicht nur einige Straßennamen wurden geändert – das gesamte Stadtbild erzählt eine andere Geschichte: von antikolonialem Widerstand, von Schwarzen Denker*innen und Künstler*innen, von migrantischen Kämpfen um Gerechtigkeit. Museen sind keine Schatzkammern kolonialer Gewalt mehr, sondern Orte des Dialogs, der Heilung und der Rückgabe. *Ancestral Remains* sind längst repatriert, und mit ihnen die Anerkennung der Würde der Communities, die jahrhundertlang ignoriert wurden. Bildungseinrichtungen – von Schulen bis Universitäten – sind frei von kolonialen Denkmustern; sie lehren kritisch, multiperspektivisch und in echter globaler Verbundenheit. Politische Institutionen arbeiten partizipativ, Ressourcen werden gerecht verteilt, und internationale Beziehungen sind von Solidarität, nicht von Machtasymmetrien geprägt.

Von dieser Zukunft ausgehend stellen wir uns die Frage: Was muss geschehen?

Heute: Wir müssen koloniale Kontinuitäten klar benennen – nicht beschönigen. Das bedeutet: entschlossene Bildungsarbeit, konsequente Umbenennungen, das Schaffen von wirklicher Teilhabe von Communities of Color, verbindliche Rückgabepläne für *Ancestral Remains* und Objekte. Es braucht Ressourcen – Geld, Räume, Personal –,

die nicht projektweise, sondern strukturell gesichert sind.

In fünf Jahren: Berlin hat eine Reparations- und Restitutionsagenda verabschiedet. Museen geben systematisch zurück, anstatt bei jedem Einzelfall neu zu verhandeln. Schulen haben verpflichtende dekoloniale Lehrpläne. Öffentliche Gelder fließen in Institutionen, die von BIPOC-Communities getragen werden. Politische Entscheidungsprozesse sind so gestaltet, dass sie nicht nur „Partizipation“ zulassen, sondern von Anfang an von Betroffenen Expert*innen geführt werden.

In zehn Jahren: Dekoloniale Praxis ist kein Sonderprojekt mehr, sondern Normalität. Öffentliche Erinnerungskultur feiert anticolonialen Widerstand, nicht die Täter*innen. Reparationspolitik ist etabliert, und Berlin arbeitet mit Städten des Globalen Südens in gleichberechtigten Partnerschaften zusammen. Räume der Kunst, Kultur und Wissenschaft gehören nicht mehr nur einigen wenigen, sondern spiegeln die gesamte Vielfalt dieser Stadt wider.

Radikal zu träumen heißt hier: wir geben uns nicht mit kleinen Schritten zufrieden, sondern formulieren das Ziel klar und ohne Abstriche. Dekolonialität bedeutet nicht, koloniale Strukturen sanft zu reformieren – sie bedeutet, sie zu überwinden und Neues aufzubauen.

Beispiele aus der Praxis

Decolonize Berlin hat in den vergangenen Jahren gezeigt, wie solches Zukunftsdenken in Handlung übersetzt werden kann. Die Umbenennung kolonial belasteter Straßennamen – etwa die Schaffung der Maji-Maji-Allee und der Anton-Wilhelm-Amo-Straße – zeigen, dass Erinnerungspolitik gestaltbar ist.

Ein besonders wichtiges Beispiel ist die Erstellung des Konzepts „Kolonialismus erinnern“, das in einem mehrjährigen partizipativen Prozess erarbeitet wurde und eine direkte Umsetzung einer zentralen Forderung von Decolonize Berlin darstellt. Hier wurde nicht nur ein Papier verabschiedet, sondern ein kollektiver Prozess gestaltet, in dem viele Stimmen, Erfahrungen und Perspektiven eingeflossen sind.

Widerstand gegen Ohnmacht

Angesichts politischer Verschiebungen nach rechts und der Härten globaler Krisen, ist das Gefühl der Ohnmacht nicht weit. Gerade hier entfaltet die Utopie die so dringend nötige Widerstandskraft. Sie erinnert uns daran, dass eine andere Zukunft möglich ist, und gibt uns den Mut, sie einzufordern.

Utopisches Denken ist dabei kein Selbstzweck. Es befähigt uns, Handlungsspielräume zurückzuerobern, uns gegen die vermeintliche „Alternativlosigkeit“ zu stellen und solidarische Perspektiven zu entwerfen – gemeinsam mit unseren internationalen Verbündeten, die ebenso für eine dekoloniale Welt kämpfen.

Einladung zur kollektiven Utopiearbeit

Utopien entstehen nicht im Alleingang, sondern im Miteinander. Deshalb laden wir alle ein, gemeinsam an diesen Bildern einer dekolonialen Zukunft zu arbeiten: in Schulen, in Kulturinstitutionen, in Verwaltungen, in Bewegungen, in unseren Communities. Jede*r kann dazu beitragen – sei es durch kritisches Erinnern im Alltag, durch das Einfordern von strukturellen Veränderungen oder durch die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen.

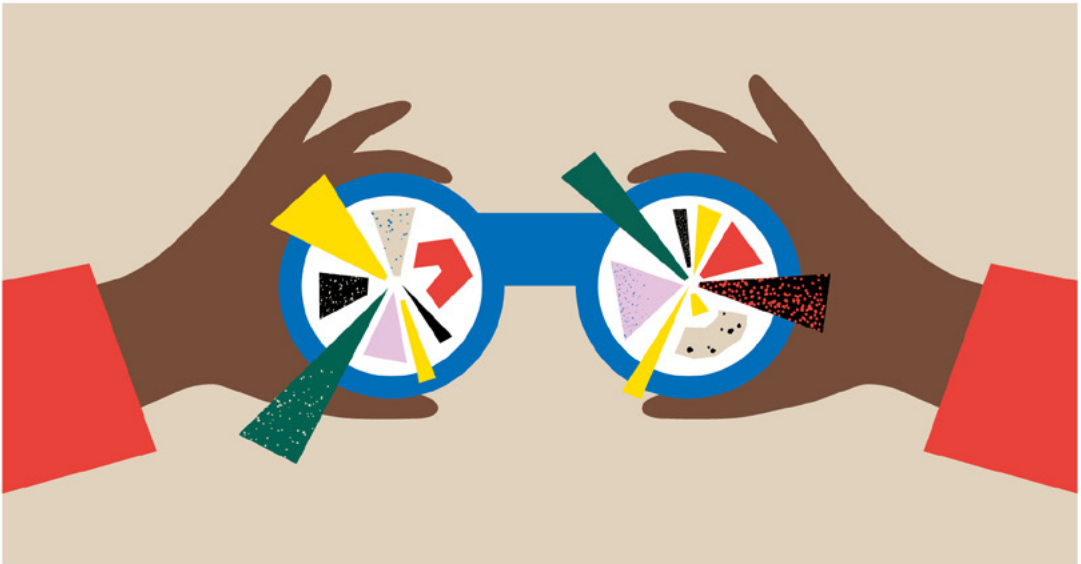
Wir brauchen Räume, in denen wir uns unsere Visionen gegenseitig erzählen können, in denen wir Erfahrungen und Strategien teilen und Bündnisse knüpfen. Wir brauchen Verbündete, die den Mut haben, bestehende Machtstrukturen in Frage zu stellen und gemeinsam neue aufzubauen. Und wir brauchen Menschen, die nicht nur zuhören, sondern handeln – in ihren Institutionen, in der Politik, in der Nachbarschaft.

Eine dekoloniale Zukunft ist kein fernes Traum. Sie ist ein Möglichkeitsraum, den wir uns nehmen müssen – durch Denken, durch Gestalten, durch Widerstand. Lasst uns also nicht nur träumen, sondern aktiv werden: Forderungen stellen, Strukturen verändern, Geschichten neu schreiben. Jede Handlung, jede Vision und jedes Projekt ist ein Schritt dorthin.

Lasst uns diesen Weg gemeinsam gehen – entschlossen, solidarisch und voller Hoffnung.

Reparationen sind Geschichte! Positive Zukünfte 2050

Quincey Stumptner



Der Titel dieses Textes irritiert. Gerade bei einem Thema wie *Reparationen* erscheint eine positive Zukunft, in der koloniale Verbrechen entschädigt wurden und sich die Gesellschaft von kolonialen Strukturen gelöst hat, sehr weit entfernt – häufig sogar unerreichbar. Reparationen für koloniale Verbrechen sind eine seit Langem bestehende Forderung verschiedenster Gruppen und Staaten gegenüber ehemaligen Kolonisatoren.

Nach den *Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation* der Vereinten Nationen¹ umfassen Reparationen fünf Ebenen:

RESTITUTION (*Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes, soweit möglich*)

ENTSCHÄDIGUNG (*für materielle und immaterielle Schäden*)

REHABILITATION (*medizinische, psychologische, soziale und juristische Unterstützung*)

ZUFRIEDENSTELLUNG (*u.a. öffentliche Anerkennung des Unrechts, Entschuldigung, Gedenken*)

GARANTIEEN DER NICHTWIEDERHOLUNG (*strukturelle Veränderungen, um zukünftige Gewalt zu verhindern*).²

Wie die Kritik am ‚Abkommen zur Wiedergutmachung‘ der deutschen Bundesregierung für den Genozid an den Ovaherero, Ovambanderu und Nama mit der namibischen Regierung von 2021 zeigt, werden die verschiedenen Ebenen von Reparationen bisher wenig bis gar nicht berücksichtigt.³ Diese Umstände und die Komplexität des Themas lassen eine Zukunft, in der Reparationen Geschichte sind, fast unerreichbar erscheinen.

Hinzu kommt, dass sich die Zivilgesellschaft häufig mit einer Flut von Problemen und Krisen auseinandersetzen muss. Wir kämpfen gegen bestimmte politische Haltungen/Entscheidungen, zeigen Defizite auf, schlagen Verbesserungen vor, ziehen mächtige Akteur*innen zur Rechenschaft oder treten für die Rechte marginalisierter Menschen ein (diese Liste ist offensichtlich nicht erschöpfend). All diese Tätigkeiten sind sehr wichtig und führen auch immer wieder zu notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen. Doch kann dieser Modus des ‚Feuerlöschens‘ auch sehr ermüdend sein. Auch wenn das übergeordnete Ziel der eigenen Arbeit bewusst ist, kann es einem im alltäglichen Geschäft doch immer wieder durch die Finger rinnen. Vor allem ein positives Gefühl und eine Verbindung zur eigenen Vision einer gerechteren Welt stellen sich nicht immer so einfach ein. Zusammengefasst mit der Herausforderung, Reparationsforderungen politisch und gesellschaftlich umzusetzen, eröffnet dies das Arbeitsfeld positiver Zukünfte.

Warum eigentlich *Zukünfte*? Im Alltag sind wir es gewohnt, von einer singulären *Zukunft* zu sprechen. Das hat vermutlich praktische Gründe, beispielsweise die sprachliche Vereinfachung. Doch gibt es auch einen politischen Grund: Es

wird z. B. in Bezug auf technologische Zukünfte meist von *der einen Zukunft* mit (sogenannter) ‚KI‘ gesprochen. Das ermöglicht, diese eigentlich sehr spezielle Zukunftsvorstellung als etwas Allgemeingültiges, Unaufhaltsames, womöglich sogar Natürliches darzustellen. Als wäre diese gesellschaftliche Entwicklung das Einzige, was möglich wäre. Sprechen wir jedoch von Zukünften, wird diese Wahrnehmung verändert. Plötzlich ist die glitzernde, technikverherrlichende Zukunft mit ‚KI‘ nur noch eine unter vielen möglichen Zukünften.

Neben einem Befreiungsmoment unserer Vorstellungskraft wird dabei auch klar, was für ein politischer Akt es ist, Visionen von gesellschaftlichen Zukünften zu entwickeln und diese öffentlich zu kommunizieren. Wer hat die Macht und die Ressourcen, gesellschaftsformende Zukunftsvisionen zu entwerfen und zu verbreiten? Momentan leben wir in einer Zeit, in der einige wenige, mächtige Akteur*innen den Diskurs um unser aller Zukünfte mit einem singulären Zukunftsnarrativ dominieren.

Das macht die Entwicklung von Zukunftsvisionen, in denen Reparationen Geschichte sind, noch relevanter. Nicht nur, weil es hilft, aus einem zivilgesellschaftlichen Modus des Feuerlöschens auszubrechen und sich mit dem Ziel der eigenen Arbeit zu verbinden. Sondern auch, um den dominanten Zukunftsnarrativen Alternativen entgegenzustellen. Alternativen, die erreichbare Bilder von gerechteren und nachhaltigeren Zukünften vermitteln. Die Herausforderung besteht darin, sich so weit vom Status quo zu lösen, dass in der entwickelten Zukunftsvision nicht all die Dinge reproduziert werden, gegen die in der gegenwärtigen Zivilgesellschaft gekämpft wird. Daher ist der Zeitrahmen relevant: Das in der

¹ UN (2006). Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation for Victims of Gross Violations of International Human Rights Law and Serious Violations of International Humanitarian Law : resolution / adopted by the General Assembly, New York.

² https://decolonize-berlin.de/de/dekolonisierung/Restititionen_Repatrierung

³ Bundeszentrale für politische Bildung, Onlineredaktion (2021). Völkermord an Herero und Nama: Abkommen zwischen Deutschland und Namibia.

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/335257/voelkermord-an-herero-und-nama-abkommen-zwischen-deutschland-und-namibia/>

Überschrift genannte Jahr 2050 ist weit genug entfernt, damit signifikante gesellschaftliche Veränderungen passieren können. Doch es ist auch nah genug, um nicht in zwar sehr schönen, doch vermutlich in der mittleren Frist unerreichbaren Utopien zu verharren. Denn Zukunftearbeit, wie sie Teilnehmende während der *Decolonize Berlin Zukunftskonferenz* in einem Workshop zum Thema Reparationen gemacht haben, soll neben den schon genannten Zielen auch neue Handlungswege aus der Gegenwart in die erarbeiteten Zukünfte ergeben.

Dafür müssen die verschiedenen Zukunftsszenarien aber mit Leben gefüllt werden: Wie fühlt es sich an, im Jahr 2050 zu leben, in dem gerade die letzten Raten der Reparationszahlungen geflossen sind? In welcher das internationale System so umgebaut wurde, dass neokoloniale Machtverhältnisse aufgelöst wurden? In der Nationen wirklich auf Augenhöhe kooperieren? Wo struktureller Rassismus offen und aktiv von Regierungen adressiert wird? In dem Workshop versetzten sich die Teilnehmenden entweder in die Perspektive eines ehemals kolonisierten Landes, eines ehemals kolonisierenden Landes oder einer internationalen Organisation, wie beispielsweise der Afrikanischen Union. Damit erarbeiteten sie entlang des PESTLE-Frameworks⁴ Beispiele für verschiedene gesellschaftliche Bereiche und zeichneten so ein vielfältiges Bild des Jahres 2050.

Zukunftearbeit ist dabei auch herausfordernd. Denn während der Diskussionen wurde beispielsweise klar, dass solche Zukünfte, in denen Reparationen wirklich umgesetzt wurden, mit einer umfassenden Deprivilegierung von Bewohner*innen ‚westlicher‘ Staaten und im Speziellen von *weißen* Menschen einhergehen. Solche Zukünfte würden für *weiße* Menschen weniger Macht und vermutlich auch weniger Ressourcen als momentan bedeuten. Dies auszusprechen und in der Szenarienarbeit womöglich einen kurzen

Eindruck davon zu gewinnen, was das bedeutet, ist nicht leicht. Es ist aber sehr wichtig.

Denn Zukunftearbeit, die es ernst meint, geht an die Substanz und stellt genau solche Fragen. Es geht explizit darum, Alternativen zum momentanen Status quo zu entwickeln. Einerseits, um sich selbst mit den Zielen seiner Arbeit auf einer neuen Ebene zu verbinden, Kraft aus Bildern positiver Zukünfte zu schöpfen und den dominanten Narrativen etwas entgegenzusetzen. Andererseits aber auch, um neue, womöglich unangenehme Fragen zu stellen und neue Perspektiven auf unsere eigene Gegenwart zu erlangen. Zukunftearbeit verharrt nämlich nie in der Zukunft, sondern verschafft uns einen besonderen Spiegel, um uns im Hier und Jetzt neu zu betrachten. So können wir Wege entwickeln, eine neue, hoffentlich gerechtere Gegenwart zu schaffen.



QUINCEY STUMPTNER

⁴ PESTLE bedeutet: Politik, Wirtschaft (Economics), Sozial, Technologie, Recht (Legal), Ökologie (Environmental). Im Workshop bearbeiteten die Teilnehmenden auch noch die Dimension der Kultur.

Das Global Reparations Hub

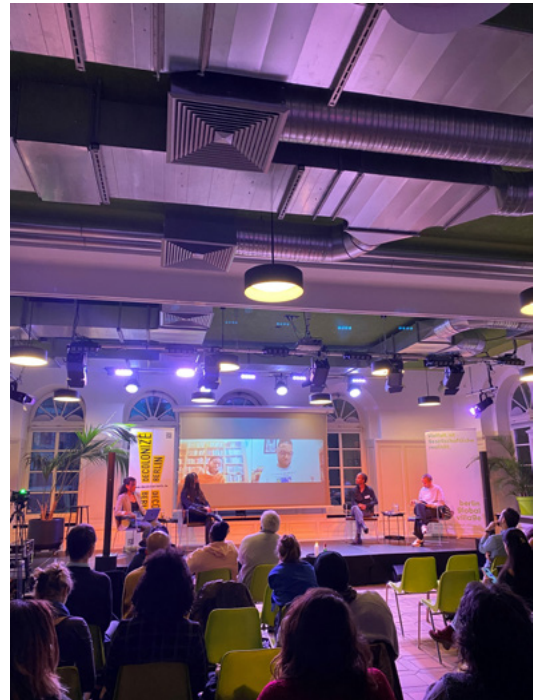
Koordinierungsstelle

Im **November 2025** wurde in Berlin der **europäische Launch des Global Reparations Hub** gefeiert. Die Veranstaltung fand im Rahmen des Netzwerkprojekts *heimaten* statt und wurde von Decolonize Berlin gemeinsam mit der Core Group des Hubs organisiert. Internationale Expert*innen aus der Core Group des Hubs diskutierten dort gemeinsam mit Vertreter*innen der Berliner Zivilgesellschaft – und mit einem internationalen, digital zugeschalteten Publikum. Decolonize Berlin ist Mitglied der Core Group und brachte in diesen Auftakt die Erfahrungen aus der Berliner Arbeit ebenso ein wie die Perspektive globaler Kämpfe.

Die Arbeit am Hub hatte bereits im **September 2024** begonnen, als monatliche Online-Treffen erstmals Akteur*innen aus aktivistischen, akademischen und zivilgesellschaftlichen Bereichen zusammenbrachten, um sich zu vernetzen und gemeinsame Strategien für Reparationsgerechtigkeit zu entwickeln.

Ausgangspunkt und Notwendigkeit

Seit Jahrzehnten fordern Aktivist*innen, Wissenschaftler*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit Reparationsmaßnahmen, um die bis heute spürbaren Folgen von Kolonialismus, Versklavung und transatlantischem Versklavungshandel zu adressieren. Bereits auf der Weltkonferenz gegen Rassismus 2001 in Durban wurde das Thema prominent verhandelt. Doch trotz unzähliger Initiativen blieb die Bewegung lange fragmentiert: Viele Akteur*innen arbeiten isoliert, häufig unter schwierigen Bedingungen, und stehen gleichzeitig unter dem Druck einer öffentli-



chen Debatte, die Reparationen fälschlicherweise meist auf finanzielle Entschädigungen reduziert.

Gründung des Global Reparations Hub

Um diese Lücken zu schließen, wurde im August 2024 das *Global Reparations Hub* gegründet – in enger Zusammenarbeit mit Human Rights Watch. Seither treffen sich monatlich Akteur*innen aus aktivistischen, akademischen und zivilgesellschaftlichen Bereichen in einem globalen Online-Forum. Ziel ist es, Erfahrungen auszutauschen, sich gegenseitig zu unterstützen und gemeinsa-

me Strategien für eine kollektive und transformative Reparationspraxis zu entwickeln.

Die Analyse dieser Treffen zeigt zwei große Herausforderungen, die weltweit geteilt werden:

1. **Politische und professionelle Isolation** derjenigen, die für Reparationen arbeiten.
2. **Verzerzte öffentliche Debatten**, die Reparationen auf rein ökonomische Fragen reduzieren und ihre politische, gesellschaftliche und transformative Dimension ausblenden.

Hinzu kommt, dass es bislang keine koordinierte Plattform gab, um Wissen, Best-Practice-Beispiele und aktuelle Entwicklungen systematisch zugänglich zu machen. Hier setzt das Hub an: Es schafft einen Raum für transnationale Solidarität und stärkt die kollektive Wirkung der globalen Bewegung.

Ziele des Hubs

Das *Global Reparations Hub* verfolgt eine klare Vision:

- ein besseres Verständnis von Reparationen aus einer dekolonialen, kollektiven und transformativen Perspektive schaffen,
- die Notwendigkeit und Dringlichkeit von Reparationen in Politik und Gesellschaft sichtbar machen,
- internationalen Druck auf ehemalige Kolonialmächte, postkoloniale Profiteure und Unternehmen aufbauen, die weiterhin vom kolonialen Erbe profitieren,
- Bewegungen weltweit in ihrem Kampf für Reparationsgerechtigkeit stärken.

Reparationen werden dabei nicht als rückwärts-gewandte Geste verstanden, sondern als notwendiger Schritt, um Menschlichkeit neu zu verankern, egalitäre Beziehungen aufzubauen und internationale Ordnungen in den Dienst von Würde und Gleichheit zu stellen. Der Anspruch ist klar: Es geht nicht allein darum, systemischen Rassismus zu beenden, sondern auch seine enge Verflechtung mit kapitalistischen Strukturen offenzulegen und zu überwinden.

Aufbau und Struktur

Das Hub ist als globales Netzwerk organisiert und

umfasst Mitglieder aus unterschiedlichen Regionen, Disziplinen und Bewegungen. Es gliedert sich in vier Bereiche:

- ein Steering Committee,
- ein Advisory Committee,
- unterstützende Organisationen und Arbeitsgruppen,
- sowie die allgemeine Mitgliedschaft.

Diese Struktur ermöglicht es, sowohl strategische Leitlinien zu entwickeln als auch vielfältige Stimmen einzubinden.

Bedeutung für Berlin

Dass der europäische Launch in Berlin stattfand, zeigt die wachsende Rolle der Stadt als Ort dekolonialer Debatten und Kämpfe. Gleichzeitig war dieser Launch nur einer von vielen weltweit – das Hub versteht sich als globales Netzwerk, das an verschiedenen Orten sichtbar wird und von den jeweiligen lokalen Bewegungen getragen wird. Für Decolonize Berlin ist die Mitgliedschaft in der Core Group ein zentraler Beitrag zur internationalen Vernetzung. Indem globale und lokale Kämpfe zusammengebracht werden, entsteht eine wechselseitige Stärkung: Die Berliner Zivilgesellschaft profitiert von Erfahrungen aus Afrika, der Karibik oder den Amerikas – gleichzeitig trägt Berlin dazu bei, die Anliegen der Communities of Color hier sichtbar zu machen und in die internationale Bewegung einzuspeisen.

Ausblick

Das *Global Reparations Hub* ist noch jung, doch schon jetzt eröffnet es Räume für Zusammenarbeit, gegenseitige Unterstützung und strategische Planung. Es verbindet Akteur*innen, die lange isoliert gearbeitet haben, und macht deutlich, dass Reparationen kein Randthema sind, sondern eine zentrale Frage globaler Gerechtigkeit. Der Launch in Berlin war dabei nur einer von mehreren weltweit und markiert einen wichtigen Schritt in einem größeren Prozess: Er zeigt, dass die Forderung nach Reparationen nicht an nationalen Grenzen Halt macht, sondern als transnationales Projekt gedacht und umgesetzt werden muss.

Fortbildung zu kolonialen Kontinuitäten in der Sozialen Arbeit im SFBB

Seit Verabschiedung des Senatsbeschlusses 2023 bieten wir als Koordinierungsstelle und Verein eine Fortbildung zu kolonialen Kontinuitäten in der Sozialen Arbeit am Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum Berlin-Brandenburg (SFBB) an. Unsere zweitägige Fortbildung für Praktiker*innen fand in diesem Jahr bereits zum dritten Mal statt.

Ziel der Fortbildung ist es, die historischen Verflechtungen zwischen der Entstehung der Sozialen Arbeit als Berufsfeld und dem Kolonialismus sichtbar zu machen und gemeinsam Ansätze zu entwickeln, wie koloniale Kontinuitäten in der heutigen Praxis durchbrochen werden können.

Für viele Teilnehmende ist es immer wieder überraschend, dass die Professionalisierung der Sozialen Arbeit zeitlich mit dem Ausbau des formalen deutschen Kolonialreichs zusammenfällt. Diese Parallelität zeigt sich sowohl in biografischen Verbindungen zentraler Akteur*innen als auch in inhaltlichen Überschneidungen.

Ein Beispiel hierfür ist Hedwig Heyl, die heute vor allem als bürgerliche Frauenrechtlerin und Begründerin des Hort-Konzepts bekannt ist. Weniger präsent ist ihr aktives Engagement für koloniale Interessen: 1907 gehörte sie zu den Mitbegründerinnen des „Deutsch-Kolonialen Frauenbundes“ und war lange dessen Vorsitzende. Der Verband setzte sich gezielt dafür ein, deutsche Frauen – insbesondere nach Deutsch-Südwestafrika – zu „entsenden“, um sogenannte „Mischehen“ zu verhindern und die koloniale Herrschaft zu stabilisieren. Für viele *weiße* und privilegierte

Frauen bot das Engagement in kolonialen Kontexten neue Möglichkeiten des Engagements: hier konnten sie Berufe ausüben, die ihnen oft verwehrt waren. In den häufig paternalistischen Ansätzen dieser Akteurinnen lassen sich deutliche Parallelen zu damaligen „Zivilisierungs“-Diskursen erkennen – Spuren, die in abgeschwächter Form bis heute in fachlichen Haltungen und Angeboten der Sozialen Arbeit sichtbar sind. Das Projekt „Soziale Arbeit als koloniales Wissensarchiv?“ an der Alice Salomon Hochschule untersucht die Verflechtungen der Sozialen Arbeit mit der deutschen Kolonialherrschaft und deren Auswirkungen.

In den Fortbildungen geht es daher nicht nur um Wissensvermittlung zu Kolonialismus und seinen langfristigen Auswirkungen, sondern auch darum, die eigene Position in einem rassistischen System kritisch zu reflektieren und gemeinsam dekoloniale Perspektiven für die Arbeit mit Klient*innen zu entwickeln.

Um diskriminierende Muster nicht unbewusst zu reproduzieren, braucht es ein Bewusstsein dafür, wie historische Ungleichheiten unsere Wahrnehmungen, professionellen Routinen und Entscheidungen prägen. Die Auseinandersetzung mit kolonialen Kontinuitäten stärkt reflexive, gerechte und empowernde Praxisformen.

Eine solche Praxis trägt dazu bei, soziale Angebote inklusiver zu gestalten, Machtverhältnisse kritisch zu hinterfragen und so an einer solidarischeren und diskriminierungsärmeren Gesellschaft mitzuwirken.

„We Want Them Back-App“ – Unterstützung bei der Suche nach den Vorfahr:innen



QR-CODE ZUR

APP



Mit offenen Infrastrukturen gegen Digitalen Kolonialismus

Wie wir koloniale Kontinuitäten im digitalen Raum
aufbrechen können

Yannick Müller



Was ist Digitaler Kolonialismus?

Unter Digitalem Kolonialismus ist die Ausweitung von Kontrolle und Macht über digitale Infrastrukturen, Dienste und Wissen durch große Technologiekonzerne oder Staaten aus dem Globalen Norden; häufig zulasten von Autonomie, Datenschutz und wirtschaftlicher Entwicklung im Globalen Süden zu verstehen. Diese Machtausübung zeigt sich etwa in der Abhängigkeit von globalen Plattformdiensten, beim Betrieb von Unterseekabeln oder in der Dominanz weniger Cloud-Anbieter, die bestimmen, nach welchen Regeln Kommunikation, Handel und gesellschaftlicher Diskurs stattfinden. Lokale Akteur*innen haben dabei oft wenig bis gar keine Mitsprache über Governance, Inhaltskontrolle oder Besitzrechte.

Fest steht: Wer die Infrastruktur kontrolliert, kontrolliert auch den Zugang zu Wissen, Märkten und gesellschaftlicher Teilhabe. Der digitale Raum ist längst zu einem geopolitischen Machtfeld geworden. Der Soziologe Nick Couldry spricht in diesem Zusammenhang von „Data Colonialism“, also der fortgesetzten Aneignung von Daten als Rohstoff, ähnlich wie einst Land, Bodenschätze oder Arbeitskraft kolonial ausgebeutet wurden.²

Digitale Machtfragen sichtbar machen

Was früher Landnahme war, sind heute Rechenzentren, Cloudverträge und extrem schlechte Arbeitsbedingungen. Dieser Beitrag soll dafür sensibilisieren, wie stark Machtverhältnisse unsere Infrastrukturen prägen, aber auch Handlungsoptionen aufzeigen. Die Autoren Ingo Dachwitz und Sven Hilbig beschreiben das in ihrem Buch „Digitaler Kolonialismus“ eindrücklich. Imperiale Muster setzen sich in Besitzrechten an Daten, in der Kontrolle über digitale Infrastrukturen und in

der ungleichen Verteilung von Profiten zwischen Globalem Norden und Süden fort.³

Was lässt sich hier tun? Einiges! Digitale Infrastrukturen sind greifbar, sie haben Adressen, Eigentümer und Vertragsbedingungen. Deshalb müssen wir neben zielführenderer internationaler Entwicklungszusammenarbeit auch lokale Handlungsspielräume in den Blick nehmen: Vergabekriterien für IT-Leistungen, offene Quellcodes, lokale oder EU-basierte Hostingpflichten, Auditierbarkeit und Governance-Boards mit Vertreter*innen der betroffenen Communities können Standards setzen, die Macht verteilen statt konzentrieren.

Für uns im digitalpolitischen Verein „D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt“ ist dieses Thema eine Herzensangelegenheit, das wir mit aktiven Mitgliedern und dem Vorstand im Rahmen unseres Jahresthemas Gerechtigkeit besonders behandeln.⁴

Von Prototypen zu Strukturen: Lokale Alternativen schaffen

Man kann die Bedeutung greifbarer digitaler Angebote, die in Zusammenarbeit mit Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft entstehen, nicht genug betonen. Durch Testings mit diversen Zielgruppen und eine Feedbackkultur lassen sich Barrieren abbauen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Quellcodes, Methoden und Schnittstellen sollten dabei stets offen sein.

Gelebt wird das auch bei der in diesem Jahr veröffentlichten Anwendung von Decolonize Berlin in Zusammenarbeit mit Visual Intelligence: Die App „We Want Them Back“ bündelt Informationen zu kolonial geraubten menschlichen Gebeinen, macht sie für Nachfahr*innen und Forscher*innen auffindbar und ermöglicht die Kontaktaufnahme mit Institutionen.⁵ Aus meiner Sicht ein sehr

¹ Dachwitz, I., & Hilbig, S. (2022). Digitaler Kolonialismus: Wie Tech-Konzerne und Großmächte die Welt unter sich aufteilen. C.H. Beck, München.

² Ebd.

³ D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt e.V. (2025). Digitaler Kolonialismus – Veranstaltung. D64, Berlin. <https://d-64.org/digitale-infrastruktur-als-machtfrage/>

⁴ D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt. (2025). Jahresthema Gerechtigkeit. D64, Berlin. <https://d-64.org/jahresthema-gerechtigkeit/>

wertvoller Beitrag für mehr Transparenz und neue Gesprächsräume. Aber: Einzelne Projekte und Prototypen reichen kaum angesichts der Größe der Herausforderungen sowie dem aktuellen politischen Klima. Um Wirkung zu entfalten, müssen sie in dauerhafte Strukturen übergehen. Das heißt, dass Förderbedingungen, Beschaffungsordnungen und Haushaltsstellen so gestaltet werden müssen, dass erfolgreiche Open-Source-Lösungen leichter in den Regelbetrieb überführt werden können.

Digitale Souveränität als Gegenentwurf

Civic-Coding-Initiativen wie das *Civic Data Lab*⁶ oder etablierte Akteure wie die *Open Knowledge Foundation*⁷ sowie rassismussensible Kreativagenturen zeigen: Viele Akteur*innen und Bausteine sind bereits vorhanden. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, digitale und analoge Ansätze strategisch zu verzahnen. Rückgabefragen, Datenpolitik, Infrastruktur, Bildung und Antidiskriminierungsarbeit müssen gemeinsam gedacht werden.

Auf politischer Ebene gilt: Digitale Infrastruktur ist eng mit Macht- und Ressourcenfragen verknüpft. Deshalb braucht es ressortübergreifende Initiativen mit klaren Mandaten, feste Schnittstellen zwischen technischen und kulturellen Bereichen, neue Budgetlinien sowie Beteiligungsformate, die die Perspektiven der Betroffenen konsequent ins Zentrum stellen. Ergänzt um verbindliche Vergaberichtlinien, jährliche Infrastruktur-Audits und ein öffentliches Monitoring mit Datenoffenlegung kann so ein verlässlicher Rahmen entstehen.

Gelingt dieser Wandel, können wir lokal der Entwicklung digitaler Abhängigkeiten entgegenreten, Datensouveränität vorleben und ihre Erfahrungen in europäische und internationale Debatten einbringen; etwa um Standards für faire Verträge und Datenhoheit zu setzen. Digitaler Ko-

lonisierung entgegenzutreten bedeutet, in konkreten juristischen, politischen und zivilgesellschaftlichen Arbeitspaketen zu denken.

Fazit: Digitale Souveränität als lokaler Gegenentwurf zum Digitalen Kolonialismus

Wenn Digitaler Kolonialismus bedeutet, dass Kontrolle über Infrastrukturen, Wissen und Daten von wenigen globalen Akteur*innen ausgeübt wird, dann ist digitale Souveränität ihr Gegenteil: Sie entsteht dort, wo lokale Communities Verantwortung übernehmen, Standards setzen und eigene technologische Gestaltungskraft entfalten.

Dieser Wandel beginnt nicht mit großen Masterplänen, sondern mit konkreten Entscheidungen vor Ort bei Ausschreibungen, Quellcodes, Hostingpflichten und Governance-Strukturen. Jede lokal entwickelte, offene und gemeinwohlorientierte Lösung ist ein Moment der Selbstermächtigung.

Digitale Technologien bergen enorme Chancen für Teilhabe, Transparenz, Gerechtigkeit und neue Formen des Miteinanders. Damit sie diese Wirkung entfalten können, müssen wir digitale Innovation konsequent an Prinzipien wie Offenheit, Inklusion und Verantwortung knüpfen und verstärkt in breiten Bündnissen arbeiten. So wird aus technischer Infrastruktur ein Hebel für gesellschaftlichen Wandel – und es entsteht Raum für Gegenpole in einer zunehmend kolonial geprägten digitalen Ordnung.

⁵ Dachwitz, Decolonize Berlin (2023). We Want Them Back. <https://wewantthemback.berlin/>

⁶ Civic Data Lab. <https://civic-data.de/>

⁷ Open Knowledge Foundation Deutschland e.V., Berlin <https://okfn.de>

Koloniale Kontinuitäten in der Berliner Medizin und Gesundheitsversorgung

Dass Dekolonisierungsprozesse eine Querschnittsaufgabe darstellen, zeigt sich auch in der diesjährigen Studie der Koordinierungsstelle von Decolonize Berlin zu kolonialen Kontinuitäten im Medizinbereich. Ein sechsköpfiges, multiprofessionelles Team – Muna Aikins, Shreyasi Bhattacharya, Mirjam Faissner, Tanja Gangarova, Awa Naghipour und Robel Abay – hat darin interdisziplinär und intersektional untersucht, wie Rassismus und koloniale Kontinuitäten bis heute den Zugang zur Gesundheitsversorgung in Berlin beeinflussen.

Der Zugang zu guter Gesundheitsversorgung gilt international als Grundrecht. Doch wer hat tatsächlich 'Recht auf Rechte'? Und auf welche Personengruppen ist das bestehende Gesundheitssystem ausgerichtet?

Das Gutachten untersucht, wie tief koloniale und rassistische Strukturen in die Gesundheitsversorgung eingebettet sind – in Deutschland allgemein und in Berlin im Besonderen. Es zeigt auf, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen systematisch schlechteren Zugang zu Gesundheitsleistungen haben und stärker von diskriminierenden Praktiken betroffen sind. Damit stellt es eine grundlegende Frage: Welche Personengruppen werden im Gesundheitssystem gesehen, gehört und geschützt – und welche bleiben ausgeschlossen?

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf epistemischer Gerechtigkeit: Welches Wissen wird im Bereich Gesundheit überhaupt anerkannt und produziert? Welche Stimmen und Erfahrungen werden in der Forschung und Ausbildung berücksichtigt – und welche systematisch marginalisiert? Das Gutachten arbeitet hier mit dekolonialen Methoden und einem partizipativen Ansatz: Betroffene sollen nicht nur beforscht werden, sondern aktiv als Wissensproduzent*innen und Mitgestalter*innen einbezogen sein.

Die Analyse blickt auch auf die Rolle Berli-

ner Institutionen: als koloniale Wirkungsmächte, als Ausbildungsstätten und als Orte, an denen bis heute koloniales Erbe sichtbar ist. Themen wie Sammlungen und *Human Remains*, die koloniale Geschichte des Robert Koch-Instituts oder Fragen des Gesundheitsimperialismus verdeutlichen, wie eng historische Gewalt mit heutigen Praktiken verwoben ist. Das Gutachten nimmt zudem medizinische Curricula und Forschungseinrichtungen in den Blick: Wer wird dort ausgebildet, mit welchem Wissen und für wessen Interessen?

Zentral sind die Handlungsempfehlungen, die das Autor*innenteam entwickelt. Sie betreffen kommunale Gesundheitsversorgungspolitik und -praxis, aber auch strukturelle Veränderungen im Bereich von Ausbildung und Forschung. Ziel ist es, Entscheidungsspielräume aufzuzeigen und konkrete Wege zu benennen, wie Rassismus in der Gesundheitsversorgung abgebaut werden kann. Dabei geht es sowohl um politische Weichenstellungen als auch um die Ebene der kommunalen Praxis.

Die Studie zu Kolonialität im Gesundheitsbereich will damit einen doppelten Beitrag leisten: Sie zeigt, wie koloniale Kontinuitäten im Gesundheitssystem fortwirken – und sie eröffnet Perspektiven für eine gerechtere, partizipative und dekoloniale Gesundheitsversorgung. Es fordert dazu auf, Gesundheit nicht nur als individuelles Gut zu betrachten, sondern als gesellschaftliches Recht, das allen gleichermaßen zusteht.

**QR CODE UND LINK ZUM GUTACHTEN AUF
UNSERER WEBSEITE**

<https://decolonize-berlin.de/de/publikationen/medizingutachten>



Wirtschaftspolitik neu denken: Schritte zur Dekolonisierung



Wirtschaftspolitik zu dekolonisieren ist eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit. Schon wegen der langen Geschichte von gewaltvoller Ausbeutung müssen wir zuerst historische Gerechtigkeit über Reparationen für Versklavungshandel und Kolonialismus, Landrückgaben und Klimareparationen herstellen. Da die aktuellen Wirtschaftsbeziehungen zu immensen Finanztransfers aus dem Globalen Süden in den Globalen Norden führen, muss dieses fortwährend Ungleichheit produzierende Wirtschaftssystem von Grund auf überholt werden. Solche ‚systemischen Reparationen‘ würden Wirtschaftspolitik nach kosmopolitischen Werten ausrichten und der kolonialen Prägung der Weltwirtschaft entgegenwirken. Entsprechende politische Ziele, die die Wirtschaftspolitik anvisieren sollte, sind Ernährungssouveränität, Energiesouveränität, so-

zialökologische Transformation, demokratische wirtschaftspolitische Institutionen, lokale und globale öffentliche Güter, Geld- und Währungssouveränität, starke transnationale Koalitionen und Bewegungsfreiheit.

In dieser Publikation gehen Fiona Faye und Prof. Aram Ziai der Frage nach, wie eine dekoloniale Wirtschaftspolitik aussehen sollte.

**QR CODE UND LINK ZUR PUBLIKATION AUF
UNSERER WEBSEITE**

<https://decolonize-berlin.de/de/publikationen/wirtschaftspolitik> (QR-CODE)



Ausblick 2026: Gemeinsam Verantwortung übernehmen, Zukunft gestalten



Wir starten 2026 in das sechste Jahr seit der Gründung der Koordinierungsstelle Decolonize Berlin. In dieser Zeit haben wir Strukturen aufgebaut, Diskussionen angestoßen und erste Ergebnisse sichtbar gemacht. Nun geht es darum, diese Grundlagen zu vertiefen und den begonnenen Prozess gemeinsam mit der Stadtgesellschaft, unserem Bündnis und internationalen Partner*innen weiterzuentwickeln. Die Auseinandersetzung mit Kolonialismus bleibt dabei keine historische Randfrage, sondern betrifft die Gegenwart und die Zukunft dieser Stadt.

Konkret knüpfen wir an den Senatsbeschluss zur Aufarbeitung der Kolonialgeschichte an. In Gesprächen mit Verwaltungen auf Lan-

des- und Bezirksebene wird es darum gehen, den Beschluss mit Leben zu füllen. Diese Gespräche sollen sicherstellen, dass koloniale Kontinuitäten sichtbar gemacht und abgebaut werden. Damit rücken Fragen nach institutioneller Verantwortung ebenso in den Vordergrund wie nach der öffentlichen Wahrnehmung. Wir wollen erreichen, dass die Debatte nicht nur in Fachkreisen geführt wird, sondern in der Stadtgesellschaft Resonanz findet.

Ein Schwerpunkt liegt auf der Zusammenarbeit mit Expert*innen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Fachgespräche, Arbeitsgruppen und Workshops helfen, aktuelle Entwicklungen aufzugreifen und gemeinsam weiterzudenken. So wird im Bildungsbereich diskutiert, wie die Auf-

arbeitung der Kolonialgeschichte systematisch in Schulen und pädagogischer Ausbildung verankert werden kann. Im Rahmen eines von der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) geförderten Projekts haben wir gemeinsam mit Expert*innen aus schulischem und außerschulischem Bereich Bildungsmaterialien entwickelt. Sie erleichtern die Vermittlung von Wissen über die koloniale Vergangenheit und Kontinuitäten und bauen Vorbehalte ab, wie diese Themen auch in Fächern jenseits des Geschichtsunterrichts behandelt werden können. Eine geplante Fortbildung sowie die Arbeit in bestehenden Netzwerken sind ein integraler Bestandteil des Bildungsengagements.

Auch im Wissenschaftsbereich wird 2026 Bewegung bringen. Hochschulgruppen und Universitäten sind wichtige Partner*innen, um dekoloniale Perspektiven in Forschung und Lehre zu stärken. Der Austausch mit Studierenden und Lehrenden eröffnet Räume, in denen Theorie und Praxis zusammenfinden. Hier geht es nicht nur um historische Analysen, sondern auch um aktuelle Fragen von Macht, Wissen und globaler Gerechtigkeit.

Die internationale Dimension bleibt ein Kernfeld unserer Arbeit. Berlin ist über Städtepartnerschaften und Netzwerke eng mit anderen Kommunen verbunden. Diese Beziehungen wollen wir gezielt nutzen, um dekoloniale Zusammenarbeit zu fördern. Ein Beispiel ist die Erarbeitung einer Handreichung, die Städtepartnerschaften als Instrument kritischer Kooperation sichtbar macht. Hinzu kommt eine europäische Vernetzungsveranstaltung, die Partner*innen aus verschiedenen Ländern zusammenbringt. Solche Treffen zeigen, dass die Auseinandersetzung mit Kolonialismus längst ein europäisches Thema ist, das neue Formen solidarischer Politik erfordert.

Im Bereich Erinnerungskultur werden wir das Berliner Konzept „Kolonialismus erinnern“ begleiten und seine Umsetzung unterstützen. Erinnerung ist kein statisches Feld, sondern ein dynamischer Prozess, der von Kontroversen lebt. Gerade in einer Stadt wie Berlin, die viele Erinnerungsorte kennt, ist es entscheidend, koloniale Geschichte

sichtbar in den öffentlichen Raum zu bringen.

Auch im Kulturbereich stehen 2026 wichtige Vorhaben an. Geplant ist eine internationale Fachveranstaltung zu Restitutionsprozessen, die besonders die Rückführung menschlicher Gebeine thematisiert. Solche Prozesse berühren rechtliche, politische und ethische Fragen, sind aber unverzichtbar, um koloniales Unrecht anzuerkennen und konkrete Schritte der Wiedergutmachung einzuleiten. Zudem wollen wir die Verflechtungen von Kolonialismus, Nationalsozialismus und SED-Diktatur stärker in den Fokus rücken. Geschichte wird so nicht in getrennten Kapiteln erzählt, sondern als verflochtenes Geflecht von Gewalt und Herrschaft, das bis heute nachwirkt.

All diese Aktivitäten greifen ineinander und sollen langfristige Strukturen schaffen. Darum legen wir Wert auf enge Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen, in Berlin und im Austausch mit anderen deutschen und europäischen Städten. Beratung, Vernetzung und gemeinsame Projekte können dazu beitragen, dass dekoloniale Ansätze nicht punktuell bleiben, sondern in Verwaltung und Politik verankert werden.

Ebenso wichtig ist die öffentliche Sichtbarkeit. Kampagnen, Publikationen und Veranstaltungen sorgen dafür, dass Debatten nicht hinter verschlossenen Türen bleiben. Zum Black History Month wird eine Social-Media-Kampagne neue Akzente setzen. Dabei setzen wir auf Kollaborationen mit langjährigen Partner*innen, um gemeinsam mehr Sichtbarkeit zu schaffen.

Im kommenden Jahr wollen wir die bisherige Arbeit fortsetzen und zugleich neue Schritte gehen – hin zu einer Stadtgesellschaft, die sich aktiv und kritisch mit ihrer kolonialen Vergangenheit auseinandersetzt, bestehende Strukturen hinterfragt und verändert sowie ihre internationale Verantwortung ernst nimmt. Wir setzen auch 2026 auf kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Berliner Stadtgesellschaft, unserem Bündnis und unseren internationalen Partner*innen. Ziel ist es, die begonnenen Prozesse zu festigen, bestehende Strukturen weiterzuentwickeln und gemeinsam praktikable Lösungen für die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit zu erarbeiten.

Impressum

Herausgeberin:

Koordinierungsstelle Gesamtstädtischer Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit
bei Decolonize Berlin e. V.

Lausitzer Straße 10

10999 Berlin

www.decolonize-berlin.de

info@decolonize-berlin.de

Redaktion:

Koordinierungsstelle Gesamtstädtischer Aufarbeitungsprozess zu Berlins kolonialer Vergangenheit

Lektorat & Reading:

Solina Diallo

Copyright:

bei der Redaktion und den Autor:innen

Gestaltung:


Ruth Jung-Reining

Herstellung:

Pinguin Druck GmbH

Für die Inhalte der Publikationen ist allein die bezuschusste Institution verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wieder.

Diese Veröffentlichung wurde gefördert durch die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe).

Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe	BERLIN	
--	---	---------------	---

